



## Plenum

77. Sitzung

München, Donnerstag, 23. April 2026, 09:00 bis 14:43 Uhr

### Haushaltsplan 2026/2027

#### Einzelplan 06

#### für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

hierzu:

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10073 und 19/10074)

**Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn. 19/10075 und 19/10076)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 19/10077 und 19/10078)

**Änderungsantrag** der SPD-Fraktion (Drs. 19/10079)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/10080 mit 19/10088 und 19/10366)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses ([Drs. 19/11326](#))

Patrick Grossmann (CSU).....	4
Johann Müller (AfD).....	6 8 27
Josef Lausch (FREIE WÄHLER).....	8 16
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER).....	8 10
Martin Böhm (AfD).....	10
Tim Pargent (GRÜNE).....	10 13
Michael Hofmann (CSU).....	12
Volkmar Halbleib (SPD).....	13 15 16 20 25
Alfred Grob (CSU).....	17 18
Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER).....	19 20
Staatsminister Albert Füracker.....	21 26 27
Namentliche Abstimmung zum AfD-Änderungsantrag 19/10075.....	28
Beschluss zum SPD-Änderungsantrag 19/10079.....	28
Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum AfD-Änderungsantrag 19/10075 (s. a. Anlage ...)	28
Beschluss zum Einzelplan 06.....	28

Erledigung gem. § 126 Abs. 6 BayLTGeschO der zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge (s. a. Anlage ...)	28
Ermächtigung für das Finanzministerium	29
Erledigung der Änderungsanträge 19/10077 mit 19/10078, 19/10080 mit 19/10088 und 19/10366	29

## Haushaltsplan 2026/2027

### Einzelplan 08

#### für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

hierzu:

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10463 mit 19/10468)

**Änderungsanträge** der SPD-Fraktion (Drsn. 19/10469 mit 19/10483)

**Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn. 19/10484 mit 19/10489)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 19/10490 mit 19/10496 und 19/10629)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/10497 mit 19/10509, 19/10714 und 19/10754)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses ([Drs. 19/11373](#))

Werner Stieglitz (CSU)	29
Gerd Mannes (AfD)	31 32 49
Dr. Petra Loibl (CSU)	32
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)	33
Mia Goller (GRÜNE)	34
Ruth Müller (SPD)	36
Petra Högl (CSU)	38 41
Franz Bergmüller (AfD)	40
Ralf Stadler (AfD)	41 42
Sebastian Friesinger (CSU)	42
Ulrike Müller (FREIE WÄHLER)	43
Christian Zwanziger (GRÜNE)	44 50
Staatsministerin Michaela Kaniber	45 49 50

Beschluss zum Einzelplan 08

Erledigung gem. § 126 Abs. 6 BayLTGeschO der zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge (s. a. Anlage ...)

Ermächtigung für das Finanzministerium

Erledigung der Änderungsanträge 19/10490 mit 19/10509, 19/10629, 19/10714 und 19/10754

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung

**zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2026) ([Drs. 19/9019](#))**

- Zweite Lesung -

hierzu:

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10962 und 19/10963)

**Änderungsantrag** der AfD-Fraktion (Drs. 19/10964)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses ([Drs. 19/11569](#))

und

**Haushaltsplan 2026/2027**

**Einzelplan 13**

**Allgemeine Finanzverwaltung**

hierzu:

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10939 mit 19/10953)

**Änderungsanträge** der SPD-Fraktion (Drsn. 19/10954 mit 19/10958 und 19/11217)

**Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn. 19/10959 mit 19/10961)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses ([Drs. 19/11379](#))

und

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2026 und 2027**

**(Haushaltsgesetz 2026/2027 - HG 2026/2027)** ([Drs. 19/9020](#))

- Zweite Lesung -

hierzu:

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10965 mit 19/10970)

**Änderungsanträge** der SPD-Fraktion (Drsn. 19/10971, 19/10972 und 19/11218)

**Interfraktioneller Änderungsantrag** der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drs. 19/10973)

**Änderungsantrag** der AfD-Fraktion (Drs. 19/10974)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses ([Drs. 19/11568](#))

Josef Zellmeier (CSU).....	52
Andreas Jurca (AfD).....	57 60
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER).....	60 64
Volkmar Halbleib (SPD).....	63 64
Claudia Köhler (GRÜNE).....	64

(Beginn: 09:00 Uhr)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Guten Morgen liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 77. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Es ist der dritte Tag der Haushaltsberatungen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

### **Haushaltsplan 2026/2027**

#### **Einzelplan 06**

#### **für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat**

hierzu:

**Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10073 und 19/10074)**

**Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/10075 und 19/10076)**

**Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 19/10077 und 19/10078)**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. 19/10079)**

**Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/10080 mit 19/10088 und 19/10366)**

Es wurde eine Gesamtredezeit von 45 Minuten vereinbart. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion namentliche Abstimmung zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 19/10075 beantragt hat. Ich weise Sie auch heute noch einmal darauf hin, Ihre Karte bei sich zu haben. Darüber hinaus weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 19/10079 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne damit die Aussprache. Als Erster hat für die CSU-Fraktion der Kollege Patrick Grossmann das Wort.

**Patrick Grossmann (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute Morgen den Etat des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat. Das nehme ich gleich zu Beginn zum Anlass sowohl allen Steuerzahlern, aber auch allen Beschäftigten in der Finanzverwaltung sowie der Spitze des Hauses mit Albert Füracker als zuständiger Finanzminister zu danken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie tragen nicht nur Verantwortung für den Etat des Finanzministeriums mit einem Gesamtvolumen von 3,6 Milliarden Euro, sondern letztendlich die Gesamtverantwortung für einen gerechten Steuervollzug sowie für die richtige Verwendung unserer Steuereinnahmen zur Sicherung der staatlichen Handlungsfähigkeit hier im Freistaat Bayern. Wir sind uns alle darüber bewusst, dass wir keine einfachen Zeiten erleben. Bei unserem Motto "Investieren, Konsolidieren, Reformieren" handelt es sich nicht um ein Feigenblatt. Deshalb müssen wir auch unseren Beamten mit der verzögerten Übernahme des Tarifabschlusses erst im Oktober dieses Jahres einiges abverlangen. Aus Oppositionssicht ist es ein Leichtes, diese Entscheidung zu kritisieren. Wer aber auf der einen Seite eine Bürgerversicherung bei der Krankenversicherung fordert oder die Beamtenpension infrage stellt, der zeigt zwei Gesichter. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der spielt ein falsches Spiel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir als CSU zeigen den Beschäftigten des Freistaates und in diesem Fall den über 30.000 Beschäftigten des Heimat- und Finanzministeriums Wertschätzung, indem wir klar zu den Vorteilen des Beamtentums und des öffentlichen Dienstes stehen. Aber wir müssen etwas dafür tun, damit wir auch dauerhaft ein guter Arbeitgeber bleiben.

Deshalb setzen wir mit diesem Doppelhaushalt noch stärker auf Digitalisierung, um Arbeitsabläufe weiter zu erleichtern. Das Finanzministerium hat in den letzten 20 Jahren dazu bereits sehr gute Grundlagen geschaffen. Bereits letztes Jahr habe ich davon gesprochen, dass das Finanzministerium das heimliche Digitalministerium ist. Lieber Herr Kollege Pohl, das habe ich nicht gesagt, um irgendwelche Konflikte anzufangen, sondern weil aus dem zugehörigen IT-Dienstleistungszentrum die Software für sämtliche Ministerien im Freistaat Bayern zur Verfügung gestellt wird. IT-Programme aus Bayern wie ELSTER, die in Bayern gehostet werden, laufen deutschlandweit vorbildlich. Aber wir wollen auch in anderen Bereichen noch besser werden. Deshalb sind die EDV-Ausgaben ein Schwerpunkt unseres Doppelhaushalts. Für den weiteren Ausbau und den Unterhalt der IT-Infrastruktur stellen wir deshalb jährlich über 400 Millionen Euro zur Verfügung. Damit sorgen wir für einen zukunftssicheren Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur, für die Strukturoptimierung unserer Finanzämter im Projekt IKONOS und für die Modernisierung der Netzwerkinfrastruktur mit NEPTUN.

Wir verbessern damit die Serviceleistungen für Bürgerinnen und Bürger, für Unternehmer und für alle freien Berufe. Wir sorgen für schnellere, nutzungsfreundlichere Prozesse. Wir erhöhen die Quote elektronisch eingereicher Steuererklärungen und entlasten damit Menschen und Verwaltung gleichermaßen.

Investitionen in Digitalisierung müssen aber auch dazu führen, dass Arbeitsabläufe optimiert und langfristig Personal eingespart werden kann, und zwar in allen Ministerien. Wir wollen nicht, dass weniger Polizisten auf unseren Straßen unterwegs sind oder weniger Lehrer an unseren Schulen unterrichten. Aber in den Verwaltungen müssen alle Bereiche gleichermaßen sparen, auch beim Personal. Deshalb erklären wir dem Antrag der SPD, der mit 1.000 zusätzlichen Stellen in der Finanzverwaltung einen Stellenaufwuchs fordert, eine klare Absage, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber die Digitalisierung endet nicht an der Tür der Finanzämter, sondern sie beginnt bei der Netzinfrastruktur vor Ort in Bayern. Für die Breitbandförderung und die Umsetzung der Bayerischen Gigabit-Richtlinie stellen wir im Rahmen des Doppelhaushalts deshalb inklusive der Verpflichtungsermächtigungen insgesamt 1 Milliarde Euro zur Verfügung. Wir sorgen somit dafür, dass der Glasfaserausbau in Bayern weiter umgesetzt wird. Seit dem Jahr 2014 investieren Freistaat, Bund und Kommunen über 4 Milliarden Euro in den Glasfaserausbau in den unterversorgten Gebieten. Der Löwenanteil mit über 2,7 Milliarden Euro kommt alleine vom Freistaat Bayern.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Bilanz kann sich sehen lassen. Über 99,5 % aller bayerischen Haushalte sind mit schnellem Internet mit mindestens 30 Mbit pro Sekunde versorgt. Drei Viertel aller Haushalte sind bereits gigabitfähig erschlossen. Wenn alle Programme abgeschlossen sind, werden es sogar über 83 % sein.

(Beifall bei der CSU)

Das bedeutet auch, dass wir für gleichberechtigte Lebensbedingungen in Stadt und Land sorgen. Handwerksbetriebe, junge Start-up-Gründer und die Menschen

im ländlichen Raum werden nicht abgehängt. Damit das so bleibt, setzt die Bayerische Staatsregierung die Heimatstrategie mit Behördenverlagerungen, derzeit beispielsweise nach Weiden oder Dinkelsbühl, fort. Zudem investieren wir neben vielen anderen Maßnahmen in Bayern in unsere Kulturgüter, beispielsweise in das neue Museum für Franken oder die Generalsanierung der Festung Marienburg in Würzburg.

Wir als CSU stehen zu einem handlungsfähigen Staat, zu einer starken Heimat und zu einer soliden Finanzpolitik. Genau dafür steht der vorliegende Etat. Wer möchte, dass Bayern auch in 10 und in 20 Jahren an der Spitze steht, der muss heute die richtigen Schwerpunkte setzen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zum Etat des Ministeriums der Finanzen und für Heimat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht für die Fraktion der AfD der Kollege Johann Müller.

(Beifall bei der AfD)

**Johann Müller (AfD):** Frau Präsidentin, Damen und Herren Abgeordnete! Eingangs möchte ich das Verhalten und den Umgang im Haushalts- und Finanzausschuss beleuchten. Ich kritisiere sehr stark die Zusammenarbeit der einzelnen Fraktionen. Gute Anträge von der AfD werden kontinuierlich abgelehnt.

(Toni Schubert (GRÜNE): Es gab keine guten Anträge! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Nennen Sie mir drei Beispiele für gute Anträge!)

Die Anträge wurden aus ideologischen Gründen abgelehnt, weil man der AfD keine Vorteile einräumen möchte. Im Gegensatz dazu ist die AfD jederzeit bereit, Anträgen der anderen Fraktionen zuzustimmen, wenn diese Anträge für unser Land und für unsere Bürger richtig sind.

(Beifall bei der AfD)

Der Einzelplan 06 ist ein großer und zugleich aufschlussreicher Einzelplan. Er umfasst im Jahr 2026 rund 3,6 Milliarden Euro und im Jahr 2027 rund 3,7 Milliarden Euro. Schon der Umfang zeigt: Hier geht es nicht um einen Randbereich des Staates, sondern um den Kern staatlichen Handelns. In diesem Einzelplan finden wir sehr unterschiedliche Aufgaben: die Steuerverwaltung, die staatliche Finanzverwaltung, Personalverwaltung, Breitband und Digitalisierung, Vermessung, IT, Sicherheit, Rechenzentren und eben auch der Bereich Heimat.

Genau da beginnt das Nachdenken; denn wenn man sich diesen Einzelplan näher ansieht, drängt sich eine Frage auf: Warum trägt dieses Haus eigentlich immer noch den Namen "Finanzen und Heimat", wenn der Bereich Heimat im Haushaltsplan immer weiter schrumpft?

Schauen wir zunächst auf die tatsächliche Gewichtung. Der größte Block ist die Steuerverwaltung. Dafür sind in beiden Jahren jeweils rund 1,6 Milliarden Euro vorgesehen. Ein weiterer großer Bereich ist die digitale Erschließung, die Kommunikationsinfrastruktur, IT, Sicherheit und Vermessung. Dafür stehen jeweils rund 640 Millionen Euro im Haushalt. Die Staatsfinanzverwaltung liegt bei rund 345 Millionen Euro, die Hochschule für den öffentlichen Dienst liegt bei knapp 70 Millionen Euro. Das alles sind große klassische, harte Verwaltungsbereiche.

Dann kommt am Ende der Heimatbereich. Für Heimat, regionale Identität und Heimatpflege standen 2025 noch gut 13 Millionen Euro im Plan, 2026 sind es nur noch 11 Millionen Euro und 2027 nur noch gut 10 Millionen Euro. Das ist doch der

eigentliche Befund. Heimat steht noch im Titel des Ministeriums, aber im Haushalt wird Heimat immer kleiner.

Man muss sich die Relation einmal klarmachen. Für die Förderung von Breitband und freiem WLAN sind in beiden Jahren jeweils rund 236 Millionen Euro vorgesehen, für den gesamten Bereich Heimat, regionale Identität und Heimatpflege liegt man zusammen nur bei gut 11 Millionen Euro im ersten und gut 10 Millionen Euro im zweiten Jahr.

Niemand bestreitet, dass Breitband wichtig ist; niemand bestreitet, dass Digitalisierung wichtig ist. Wenn aber ein Ministerium ausdrücklich "für Heimat" heißt, darf man schon erwarten, dass sich das auch im Haushalt sichtbar niederschlägt. Genau das ist immer weniger der Fall.

Das Vorwort dieses Einzelplans sagt ausdrücklich, dass zu den Aufgaben des Hauses auch Heimat, regionale Identität und Heimatpflege gehören. Gleichzeitig lesen wir dort, dass es gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen organisatorischen Veränderungen gegeben hat. Auch das ist aufschlussreich; denn wenn sich organisatorisch nichts Wesentliches ändert, finanziell aber ausgerechnet der Bereich Heimat Jahr für Jahr weiter sinkt, muss man sich schon fragen: Ist Heimat hier noch ein echter politischer Schwerpunkt oder ist Heimat vor allem noch ein schöner Begriff im Ministeriumsnamen?

Das ist keine polemische Frage – das ist eine ganz nüchterne Frage zum Haushalt; denn ein Haushalt zeigt politische Prioritäten: nicht durch Überschriften, nicht durch Pressemitteilungen, nicht durch symbolische Selbstdarstellung, sondern durch Zahlen. Diese Zahlen sagen hier deutlich: Dieses Ministerium ist heute vor allem ein Ministerium für Steuerverwaltung, für Finanzverwaltung und für Digitalisierung, Vermessung, Rechenzentren und für den inneren Maschinenraum des Staates. Auch das ist legitim; auch das ist wichtig. Dann sollte man das aber auch ehrlich aussprechen.

(Tim Pargent (GRÜNE): Was wollen Sie uns eigentlich sagen?)

So wie es jetzt ist, entsteht nämlich ein Widerspruch. Im Titel des Hauses wird Heimat prominent geführt; im Haushalt spielt Heimat nur noch eine Nebenrolle. Genau diesen Widerspruch sollte die Staatsregierung auflösen. Es gibt doch nur zwei saubere Möglichkeiten: Entweder sagt man, Heimat ist weiterhin ein echter Schwerpunkt dieses Hauses – dann muss man das aber auch im Haushaltsplan sehen –, oder man sagt: Nein, der eigentliche Schwerpunkt liegt längst woanders –, dann sollte man aufhören, so zu tun, als sei Heimat hier noch gleichrangig. Alles andere wirkt nicht ganz überzeugend.

Hinzu kommt ein weiterer Punkt. Wenn Heimat in Bayern politisch ernst genommen werden soll, dann darf Heimat nicht zu einem bloßen Sammelbegriff werden. Heimat ist nicht nur Folklore, ist nicht nur Etikett; Heimat ist nicht nur ein sympathisches Wort im Briefkopf. Es geht um kulturelle Verwurzelung, gleichwertige Lebensverhältnisse, Verbundenheit mit dem ländlichen Raum und auch um die Frage, ob der Staat die Eigenart seiner Landesteile tatsächlich ernst nimmt. Gerade deshalb wirkt es seltsam, wenn der Heimatbereich haushalterisch immer weiter abschmilzt.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der Einzelplan 06 ist in seiner Struktur klar: große Mittel für die Steuerverwaltung, große Mittel für die Digitalisierung, große Mittel für die staatliche Infrastruktur im Inneren und daneben einen Heimatbereich, der im Vergleich klein ist und kleiner wird. Das kann man machen, aber dann sollte man das auch klar benennen; denn ein Haushalt muss nicht nur rechnerisch stimmig sein, er muss auch politisch ehrlich sein.

Deshalb bleibt für mich am Ende die einfache Frage: Wenn die Ausgaben für Heimat immer weiter sinken, warum trägt dann eigentlich dieses Ministerium die Heimat im Namen?

(Toni Schuberl (GRÜNE): Und inhaltliche Vorschläge?)

Diese Frage sollte die Staatsregierung beantworten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, es gibt eine Zwischenbemerkung. Der Kollege Sepp Lausch hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

**Josef Lausch (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Kollege Müller, ich möchte mich bei Ihnen herzlich für Ihren absolut engagierten, temperamentvollen und rhetorisch brillanten Beitrag bedanken. – Was wahr ist, darf man sagen, liebe Kollegen von rechts außen. Allein schon aufgrund Ihres Parteinamens ist mir klar, dass Sie niemals eine Alternative für Bayern sein können, sondern nur für Deutschland.

Wie kommen Sie zu der Behauptung, dass das bayerische Finanz- und Heimatministerium Brauchtum und Heimat nicht fördert? Mir ist kein einziger Antrag der AfD zum Thema Heimat bekannt.

Ist Ihnen denn bekannt, dass wir die Trachtenvereine, den Bayerischen Trachtenverband, zum Beispiel im Landkreis München den Trachtenverein Großhelfendorf, mit wirklich nennenswerten Summen fördern? Ich frage Sie: Wissen Sie überhaupt, wo das Trachtenkulturzentrum des Bayerischen Trachtenverbandes seinen Sitz hat und mit welchen Summen der bayerische Staat die Trachtenbewegung, die Trachtler, die Heimatpfleger unterstützt hat? – Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege.

**Johann Müller (AfD):** Nein, das weiß ich nicht. Ich weiß aber, dass Ihre Fraktion und auch die CSU und die AfD immer für Heimatverbundenheit stehen. Ich weiß, dass Sie Anträge gestellt haben. Sie wissen anscheinend nicht, dass auch wir Anträge gestellt haben. – Danke.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Welche denn? – Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Nichts habt ihr gemacht! Nur Propaganda!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es sei mir erlaubt, an dieser Stelle meine Besuchergruppe des Oberlandler Gauverbandes Oberland [ich verstehe sie nicht genau; das würde aber thematisch passen] zu begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Das Trachtenkulturzentrum steht in Holzhausen. – Kollege Pohl hat als Nächster das Wort für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Begrüßung hat mir jetzt die Präsidentin vorweggenommen. Sehr geehrter Herr Kollege Müller, Sie beklagen sich darüber, dass wir Ihre Anträge aus ideologischen Gründen ablehnen. Stimmt, ja, das ist so, aber wir haben eben einen anderen Wertekompass als Sie. Deswegen ist es nur konsequent, dass wir Ihre Anträge ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Wir stehen zur Westbindung, wir stehen zur NATO, wir sind nicht die fünfte Kolonne Moskaus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Auch eine Bemerkung zum Kollegen Grossmann, der sich jetzt leider da hinten versteckt hat, aber er hört es trotzdem: Ich höre, dass das Finanzministerium das heimliche Digitalministerium ist. Lieber Albert Füracker, weder ist das Finanzministerium das heimliche Digitalministerium noch ist das Digitalministerium das heimliche Finanzministerium. Wir sind eine Koalition der Transparenz. Wo es Schnittstellen gibt, werden diese im Ministerrat sachgerecht aufgelöst. So arbeitet diese Koalition.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich möchte mich auf drei Punkte beschränken. Ich darf wiederholen, was Kollege Grossmann gesagt hat: ein Dank an alle Menschen im Freistaat, die Steuern zahlen und uns die Grundlage dafür geben, dass wir für die Menschen in Bayern sinnvoll Heimat gestalten, und das tun wir.

Auch ein Dank an die Finanzverwaltung, die hocheffektiv und wirklich hervorragend arbeitet. Ehrlicherweise muss man sagen, lieber Kollege Zellmeier: Wir haben im Haushaltsausschuss viele Petitionen. Die allermeisten Petitionen geben uns einen klaren Einblick darüber, dass die Finanzverwaltung in Bayern ganz überwiegend hervorragend funktioniert.

Wenn vonseiten der SPD und der GRÜNEN immer mehr Betriebsprüfer, immer mehr Finanzbeamte gefordert werden, sage ich Ihnen: Zum einen erkenne ich darin einen latenten Vorwurf an die Menschen in Bayern, dass sie nicht steuerehrlich sind. Zum anderen gibt es einen Grenznutzen. Irgendwann ist dieser Grenznutzen erreicht. Das heißt, durch mehr Personal erhöhen Sie die Kosten, ohne dass Sie die Einnahmen merklich erhöhen. Das ist eine Rechnung, die nicht aufgehen kann.

Ich möchte hier aber noch einen Punkt betonen, der wahrscheinlich in der Debatte gar nicht so aufschlägt, aber ganz maßgeblich ist. Das Finanzministerium, sehr geehrter Herr Staatsminister, ist auch für die Beteiligungen zuständig. Als wir beide 2008 in den Bayerischen Landtag kamen, hat der Freistaat buchstäblich an der Wand gestanden wegen der BayernLB, der Subprimes, Hypo Alpe Adria. Wir haben 10 Milliarden Euro zur Rettung der BayernLB aufnehmen müssen plus Garantien. Wir haben das – das muss ich schon sagen: zunächst einmal das Parlament, aber auch Sie als Finanzminister und Ihr Vorgänger Markus Söder – hervorragend gelöst. Die BayernLB ist keine Kummerbank, sondern jetzt eine Freude für uns, eine Beteiligung, die uns Freude macht. Früher hat man immer gesagt: Das Hofbräuhaus und der Staatliche Hofkeller machen uns Freude. Heute kann man sagen: auch die BayernLB. Das ist auch Ihr Verdienst, das ist auch unser Verdienst. Das meine ich parteiübergreifend; damals hat sich auch die Opposition durchaus verdient gemacht.

Das ist die Grundlage dafür, dass wir in Bayern einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellen können und damit auch für die Zukunft handlungsfähig sind. Dieser Haushalt, auch der Haushalt des Finanzministers, verdient unsere uneingeschränkte Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Kollege Martin Böhm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

**Martin Böhm (AfD):** Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kollege Pohl! Jetzt muss ich doch dem Kollegen meiner Fraktion einmal zur Seite springen.

(Michael Hofmann (CSU): Ja, das glaube ich!)

Das Wort "Heimat" im Finanzministerium zu verorten, ist suboptimal. Denkt man doch einmal an solche Sachen wie das LEADER-Programm, denkt man an die zweite Säule der GAP. Da kommen die Mittel her, die eigentlich in unsere Heimat fließen.

Es wäre also wesentlich sinnvoller, das Finanzministerium als Finanzministerium zu belassen und die wirkliche Förderung der Heimat einem anderen Ministerium zuzuordnen,

(Toni Schubert (GRÜNE): Dem Umweltministerium!)

zum Beispiel dem Landwirtschaftsministerium, wo das dem ländlichen Raum entsprechend wesentlich besser aufgehoben wäre.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Pohl, bitte.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Böhm, als Jurist sage ich Ihnen, wenn wir nicht mehr über Inhalte, sondern nur noch über Formalien und Zuständigkeiten streiten, kann es uns nicht schlecht gehen. Selbstverständlich ist das, was mit dem Begriff "Heimat" verbunden ist, eine Querschnittsaufgabe, die sich in vielen anderen Ministerien findet. Ich habe gestern bei dem Haushalt des Kollegen Bernreiter gesagt: Selbstverständlich ist auch unser Einsatz für die Straßen, Staatsstraßen beispielsweise, ein Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse in unseren Heimatregionen. Selbstverständlich ist – wir werden den Haushalt von Michaela Kaniber heute beraten – auch die Entwicklung von Dorfzentren ein Thema, das mit Heimat zu tun hat. In Kunst und Kultur ist auch Heimat, aber irgendwo muss ich es halt andocken. Ich denke, es ist bei Staatsminister Füracker gut aufgehoben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Staatsminister Albert Füracker: Bestens! – Abgeordneter Roland Weigert (FREIE WÄHLER) meldet sich zu einer Zwischenbemerkung)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, es gab noch eine zweite Meldung zu einer Zwischenintervention, aber sie kam zu spät.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Kein Problem, aber gut.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Wenn aus der eigenen Fraktion jemand fragt, kann man ja. Ihr könnt es ja bilateral ausmachen. – Als Nächster kommt Kollege Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Tim Pargent (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir starten in diesen dritten, den finalen Tag der Haushaltsberatungen – und das völlig zu Recht – mit dem Einzelplan des Finanzministeriums. Was im Bereich unserer Steuer- und Finanzverwaltung geleistet wird, ist letztlich das Rückgrat unseres Haushalts, weil hier die Einnahmen in unseren Finanzämtern eingenommen werden, weil viele Ausgaben organisiert werden, aber auch, weil sich unsere Finanz- und vor allem unsere Steuerverwaltung den Steuerdelikten im Land annimmt, für Fairness gegenüber den vielen ehrlichen Steuerzahlerinnen und

Steuerzahlern sorgt und die schwarzen Schafe zur Not auch ins Visier nehmen kann.

Das ist wichtig und richtig. Deshalb möchte ich an dieser Stelle ein riesiges Dankeschön sagen; denn ohne unsere überaus leistungsfähige Steuer- und Finanzverwaltung hätten wir die letzten beiden Tage ganz anders diskutiert, ganz anders diskutieren müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Lob für die Finanzverwaltung gehört aber im gleichen Atemzug auch der Dank an unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das gute Zusammenspiel aus leistungsfähigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern und unserer Verwaltung ermöglicht uns erst, diese Haushaltsberatungen so zu führen, wie wir sie führen.

Jetzt höre ich heute mal wieder relativ viel Lob für die Leistung der Finanzverwaltung. Der Blick in den Haushalt zeigt aber rein gar nichts, um diese Leistung auch wirklich anzuerkennen. Ich stelle nach den bisherigen Wortmeldungen fest, dass sich CSU und FREIE WÄHLER nicht einmal mehr die Mühe machen, diese Mängel zu kaschieren. Der Kollege von der CSU wirft eine bundespolitische Nebelkerze, irgendetwas mit Bürgerversicherung. Kollege Pohl spricht noch von 2008 und der BayernLB. Es wäre schon wichtig, dass wir uns dieser großen Verwaltung so annehmen, wie das nötig ist.

Wenn ich in den Haushalt schaue, kommt mir ein Spruch von Konfuzius in den Sinn: Der Edle leidet an seinen Mängeln, nicht an mangelnder Anerkennung. – Das trifft auch auf unsere Verwaltung zu. Viel Lob von den Regierungsfractionen, aber keine echte Entlastung, stattdessen reichlich Mängel. Den extremen Aufgabenzuwächsen in den letzten 15, 20 Jahren standen keine entsprechenden Personalzuwächse gegenüber. Sie lassen unsere Steuerverwaltung quasi in Arbeit absaufen und können froh sein, dass die Digitalisierung des Gröbste auffängt. Die Fallzahlen sind durch die Decke gegangen, Sie haben tatenlos zugeschaut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt kommt dieser Haushalt. Da nehmen Sie unsere Finanzverwaltung, unsere Steuerverwaltung auch nicht vom pauschalen Stellenabbau oder von der irrsinnigen Wiederbesetzungssperre aus.

Auch im Vergleich der Bundesländer ist die Personaldecke der bayerischen Finanzämter unterirdisch. Das zeigt sich bei den Vergleichsrangings der Länder, die dankenswerterweise auf eine Anfrage der SPD ans Licht kamen. Im Verhältnis Personal zu Einkommens- und Körperschaftsteuerfällen liegt der Freistaat auf Platz 15 der 16 Länder. Im Verhältnis Betriebsprüfer zur Zahl der Betriebe auf Platz 14, und beim Verhältnis von Umsatzsteuerprüfern zu Unternehmen wieder auf Platz 15. Ihre Personalausstattung ist auf den Abstiegsrängen. Was ist Ihre Ausrede? – Ja, die Einnahmen sind so hoch. Unsere Beamten nehmen pro Kopf so viel Geld ein. – Ich sage Ihnen: Das haben Sie den vielen ehrlichen Steuerzahlern zu verdanken. Sie kommen mir vor wie ein Bundesligist, der auf dem Abstiegsplatz steht, und der Trainer sagt zur Ausrede: Ja, wir schießen ja noch reichlich Tore.

(Michael Hofmann (CSU): Der steht in Bayern nicht auf dem Abstiegsplatz!)

– Ich habe ja gerade erklärt, warum wir auf den Abstiegsrängen stehen. Dass Sie auf diesen Abstiegsrängen stehen, liegt auch daran, dass Sie mit acht Spielern gegen elf auf dem Platz stehen.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Sie haben keinen Torwart, keinen Innenverteidiger, Sie spielen mit acht gegen elf. So kann man Tore schießen, aber so kann man kein Turnier gewinnen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss sich dringend ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Manche schauen halt die Tabelle von unten an!)

Warum ist das so gefährlich, wenn Sie mit zu wenig Spielern auf dem Platz stehen? – Weil sich alle verbliebenen Spieler komplett aufarbeiten. Das sind die leistungsbereiten Beamtinnen und Beamten. Die gehen auf dem Zahnfleisch, weil sie einspringen, weil sie aushelfen, weil sie sich nicht wegducken. Genau diese richtig guten Leute leiden am meisten unter Ihrer schwachen Personalpolitik. Da brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn diejenigen irgendwann sagen: Ich habe die Schnauze voll, ich gehe in die Privatwirtschaft. Dort verdiene ich eh das Doppelte.

Dieser Haushalt ist da überhaupt nicht hilfreich. Glauben Sie wirklich, Sie motivieren die Beschäftigten mit der verzögerten Übernahme des Tarifabschlusses? Gerade in der Finanzverwaltung sind doch viele in der zweiten QE. Die merken das richtig im Geldbeutel. Sie lassen die Beschäftigten seit Jahren in Arbeit absaufen, bezahlen sie dann nicht rechtzeitig und brechen damit ganz nebenbei noch Ihren eigenen Koalitionsvertrag. Das wird unserer Finanzverwaltung erheblich schaden. Das ist ein Schaden, den wir uns in der jetzigen Situation nicht leisten können.

Was mich an Ihrer angeblichen Sparpolitik – das haben wir die letzten Tage auch gehört – so stört, ist, dass nur einige sparen müssen. Sie von CSU und FREIEN WÄHLERN sparen zwar bei unseren Beamtinnen und Beamten, Sie sparen aber nicht bei sich selbst. Ihre Handkasse, die Fraktionsreserve, steigt von 90 auf 110 Millionen Euro. Dazu kommen Pandagehege, Opernball oder Adventssingen. Dagegen gibt es keine Einsparungen bei den extremen PR-Ausgaben in der Staatskanzlei oder auch keine Einsparungen bei Ihren Beauftragten-Pöstchen von CSU und FREIEN WÄHLERN.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, Größe zeigt sich, wenn man auch mal bei sich selbst spart. Das Gegenteil ist der Fall, und das ist unser Vorwurf. So einem schiefen Haushalt, der bei den Beamten massiv spart, der keine Hilfe gibt, aber bei sich selbst keinerlei Sparanstrengungen zeigt, dem können wir beim besten Willen nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Der Kollege Hofmann hat das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

**Michael Hofmann (CSU):** Sehr geehrter Herr Kollege Pargent, das, was Sie jetzt gerade gemacht haben, ist ganz mieser Stil. Wenn Sie sagen, dass die Fraktionsinitiativen Sachen sind, an denen wir Abgeordnete selbst nicht sparen, weise ich den Vorwurf entschieden zurück. Der Eindruck, den Sie erwecken, wir würden zu eigenen, persönlichen Verbesserungen in die Kasse greifen, ist eine miese Unterstellung, und gleichzeitig – –

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es sind nämlich Projekte,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wahlkampfgeschenke!)

die den Menschen in den Stimmkreisen und in Bayern vor Ort zugutekommen.

Und jetzt kommt es: Wie vielen dieser Fraktionsinitiativen, von denen Sie sagen, dass wir in die Kasse greifen würden, haben Sie denn zugestimmt? Haben Sie mitgezählt? Wir können das gerne noch mal durchzählen.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Das ist eine miese Unterstellung. Den Stil bin ich von Ihnen nicht gewohnt, und er ist auch nicht angebracht. Wir tun für den Freistaat Bayern das Beste, und wenn das Parlament der Meinung ist,

(Anhaltende Unruhe bei den GRÜNEN)

dass es mit den Mitteln noch Dinge verstärken muss, dann ist das das Haushaltsrecht dieses Hauses. Das ist unser Recht, das steht in der Verfassung. Reden Sie die Verfassung nicht klein, und reden Sie unsere Aufgabe als Abgeordnete nicht klein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE):  
Kritisieren dürfen wir es trotzdem!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte, Herr Pargent.

**Tim Pargent (GRÜNE):** Ich stelle fest, dass Sie es auch in einer weiteren Minute nicht geschafft haben, zur Personalausstattung in der Steuerverwaltung auch nur ein Wort zu sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das habe ich ja schon gemacht!)

Dann kommen Sie wieder mit Ihren Fraktionsinitiativen, Ihrer Fraktionsreserve daher, wo Sie sich anscheinend sehr stark getroffen fühlen.

(Michael Hofmann (CSU): Hätten Sie halt keinen miesen Angriff gefahren!)

Ich stelle nur fest, dass Sie das ganz schön triggert.

(Michael Hofmann (CSU): Sie hätten sich entschuldigen können!)

Diese individuellen Verstärkungsmaßnahmen braucht es mittlerweile scheinbar wie Sand am Meer in Ihrem Haushalt. Stellen Sie doch sicher, dass die Förderprogramme richtig sitzen, dann können wir dem erst recht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Wie vielen Initiativen haben Sie denn zugestimmt? Das ist wirklich Heuchelei! – Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht der Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion.

(Robert Brannekämper (CSU): Volkmar, reiße dich zusammen! – Heiterkeit des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) sowie bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

**Volkmar Halbleib (SPD):** Solche Appelle haben noch nie etwas genutzt. Das weißt du doch, Robert.

Frau Präsidentin, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Herr Finanzminister! Bevor ich es in der Schlussdebatte vergesse, möchte ich tatsächlich auch den professionellen Dank an den Finanzminister und sein Ressort aussprechen. Denn wir haben schon professionellen Respekt vor der Leistung, einen Doppelhaushalt

aufzustellen und dem Landtag auch vorzulegen. Inhaltlich werden wir bis zum endgültigen Beschluss noch intensiv argumentieren, aber diesen Dank wollte ich vorwegschicken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, er gilt natürlich vorab auch schon als Dank für die Finanz- und Steuerverwaltung dieses Freistaats, die leistungsfähig ist wie keine andere in der Republik.

Wir reden heute über den Einzelplan 06, der das Fundament ist, auf dem dieser gesamte Haushalt steht. Sämtliche Ressorts sind auf eines angewiesen: Einnahmen. Diese Einnahmen fallen nicht vom Himmel. Sie werden von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern erwirtschaftet; das ist klar. Erhoben, geprüft, gesichert und manchmal auch erst durch die Prüfung festgestellt werden sie von den Beschäftigten in unseren Finanzämtern. Jeder Euro, den wir hier verteilen, ist durch die Hände der Steuer- und Finanzverwaltung gegangen.

Man sollte also meinen, dass eine Staatsregierung, die sich Investieren, Konsolidieren und Reformieren auf die Fahne schreibt, in diese wichtige Grundlage unseres Haushalts und der Staatsfinanzen auch investiert. Aber das Gegenteil ist der Fall. Es ist schon deutlich geworden – ich kann es nur noch einmal wiederholen –, dass die Zahl der Steuerfälle in den letzten 15 Jahren in Bayern um knapp 40 % gestiegen ist. Das ist wohlgemerkt noch ohne die Grundsteuerreform. Die Zahl der Beschäftigten ist nahezu gleich geblieben. Das ist der Widerspruch in Ihrem Handeln.

Ich will jetzt nicht die Bundesliga-Tabellen bei der Personalausstattung noch mal wiederholen, aber sie sind ein Problem, und zwar ein zentrales Problem. Was ist die Antwort der Staatsregierung? – Stellenkürzungen, Wiederbesetzungssperren und ein pauschaler Stellenabbau auch in der Verwaltung, die eigentlich die Einnahmen dieses Freistaates sicherstellen soll. Das ist ökonomisch unsinnig, und das ist auch die völlig falsche Botschaft an dieser Stelle. Das ist völlig unverständlich.

(Beifall bei der SPD)

Da muss eine Kurskorrektur erfolgen.

Lieber Kollege Pohl, der Grenznutzen von Argumentationen, die Sie bringen, ist auch schnell erreicht. Da ist eigentlich alles schon abgenutzt: Ich glaube, dass Sie schon mal über Ihr Verhältnis zur Steuergerechtigkeit nachdenken sollten. Die Steuergerechtigkeit ist das zentrale Gerechtigkeitsversprechen dieses Freistaats.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Lausch (FREIE WÄHLER))

Die Steuergerechtigkeit kann zum Teil nur dadurch hergestellt werden, dass Steuersachverhalte, die dringend der Prüfung bedürfen, auch geprüft werden. Ansonsten würde ich tatsächlich mal raten, über das Verhältnis zur Steuergerechtigkeit nachzudenken. Wir haben dieses Ideal nach wie vor, und es ist auch eine ökonomische Grundlage.

(Zuruf des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER))

Minister Füracker spricht ja gerne vom Digitalisierungsparadoxon – zu Recht, weil er feststellt, dass die Digitalisierung zunächst mehr Personal braucht, bevor sie die Verwaltung entlastet. Das stellt man in der Realität der Finanzämter auch immer wieder fest: Verfahren laufen nicht, zusätzliche Prüfungen werden nötig, die Entlastung durch Digitalisierung besteht nur auf dem Papier, die Mehrarbeit bleibt an den Kolleginnen und Kollegen hängen – neben den zusätzlichen Steuerfällen, die zu bearbeiten sind. Der Nachwuchs, der durchaus einen Sinn in der Arbeit in der Finanz- und Steuerverwaltung sieht, fragt sich schon, ob er nur noch ein

Kostenfaktor mit zwei Ohren ist, wie ich bei einem Gespräch mit Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten wahrgenommen habe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Finanzminister, wer einen leistungsfähigen Staat will, wer einen leistungsfähigen Haushalt will, muss in ihn investieren. Das heißt, wir müssen in die Finanz- und Steuerverwaltung investieren. Das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der SPD)

Die 1.000 zusätzlichen Stellen in den Finanzämtern sind auch nur deshalb notwendig, weil die Stellen, die im Haushaltsplan stehen, nicht von Steuerprüfern und von Steuerbeamtinnen und Steuerbeamten besetzt sind. Das ist doch das Problem.

Wir bekommen ein Vielfaches der Personalkosten auch wieder zurück. Wer in Steuerprüfung investiert, macht keinen Verlust, sondern er macht Bayern gerechter. Das muss endlich auch einmal Grundlage der Haushaltspolitik werden.

(Beifall bei der SPD)

Noch etwas, das vielleicht auch die Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten nicht verstehen: Sie sind hoch leistungsfähig, aber genau an dem Punkt zeigt sich der Widerspruch zwischen dem Lob, das hier kostenlos verteilt wird, und der Wertschätzung, die sich in der praktischen Politik zeigt. Die Nichtübertragung des Tarifabschlusses, obwohl die Übertragung im eigenen Koalitionsvertrag steht,

(Alfred Grob (CSU): Die späte Übertragung!)

trägt auch zur Verdrossenheit bei den Beschäftigten bei.

Jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Grob; schön, dass Sie dazwischengerufen haben. Sie haben im Plenum am 19. März zu unserem Dringlichkeitsantrag gesagt: Wir sparen mit der Besoldungsverschiebung 600 Millionen Euro ein, die irgendwann in den Haushalt für die Beamten wieder einfließen.

(Zuruf des Abgeordneten Alfred Grob (CSU))

– Das haben Sie gesagt. Das ist ein Zitat. Schauen Sie sich Ihren eigenen Redebeitrag von damals noch einmal an. – Versuchen Sie, das draußen zu erklären; denn dieses Geld – 600 Millionen Euro, die die Beamtinnen und Beamten auch wegen ihrer guten Arbeit verdient haben – ist ein für alle Mal weg.

(Zuruf des Abgeordneten Alfred Grob (CSU))

Das ist Ihre Politik.

Kürzen ist an dieser Stelle das völlig falsche Signal. Deswegen treten wir uneingeschränkt dafür ein, dass eine angemessene Besoldung erfolgt die Grundlage im Übrigen auch dieser Verfassung ist.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein Schlag ins Gesicht der Beamtinnen und Beamten.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege!

**Volkmar Halbleib (SPD):** Vor allem ist es aber ein Schlag ins Gesicht der Steuer- und Finanzverwaltung. Damit muss endlich Schluss sein. Ich bitte Sie, einfach noch einmal um eine Kurskorrektur, –

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege!

**Volkmar Halbleib (SPD):** – die auch im Interesse der Beschäftigten und des Staatshaushalts ist.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Sie haben noch Redezeit, die Sie jetzt zusätzlich aufgrund der Zwischenbemerkung des Kollegen Lausch bekommen.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Danke schön, Frau Präsidentin, Sie haben mich überzeugt.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Lausch, bitte schön.

**Josef Lausch (FREIE WÄHLER):** Geschätzter Kollege Halbleib, Steuergerechtigkeit und SPD schließen sich eigentlich ein wenig aus. Wenn ich allein nach Berlin schaue: Dort suggeriert der SPD-Finanzminister, die 1.000 Euro Sonderprämie wäre Geld des Staates. Das ist aber Geld des Unternehmertums. Das ist ein Paradebeispiel.

Meine Frage an Sie zur Erbschaftsteuer und Steuergerechtigkeit: Würden Sie die zurzeit geltende Erbschaftsteuer,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

die massive Kapitalabflüsse von der süddeutschen bzw. tatsächlich von der bayerischen Bevölkerung nach Berlin erzeugt, als steuergerecht bezeichnen?

**Volkmar Halbleib (SPD):** Ich stelle fest, dass die FREIEN WÄHLER in diesem Landtag zwei Dinge gemacht haben. Das Erste ist, dass Sie das Sondervermögen abgelehnt haben. Das bedeutet, dass wir in diesem Doppelhaushalt 7 Milliarden Euro weniger hätten.

(Zuruf des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER))

– Natürlich haben Sie das hier abgelehnt.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Zeige mir einen Beschluss!)

Sie haben damit sogar eine kleine Regierungskrise verursacht.

(Michael Hofmann (CSU): Eine Krise hatten wir nicht, Kollege Halbleib!)

Bekennen Sie sich doch endlich einmal zu Ihrem politischen Vorgehen.

(Beifall bei der SPD)

Das Zweite, lieber Kollege Lausch, ist Ihre Frage zur Steuergerechtigkeit. Sie wollen die Erbschaftsteuer komplett und sofort abschaffen. Das würde weitere 7 Milliarden Euro Einnahmeausfälle in diesem Doppelhaushalt verursachen. Damit stünden zusammen 14 Milliarden Euro in diesem Doppelhaushalt nicht zur Verfügung. Denken Sie darüber einmal nach.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Bravo!)

Sie verteilen das Geld draußen. Wir hätten aber 14 Milliarden Euro weniger, wenn sich die FREIEN WÄHLER durchsetzen würden. Davor möge dieser Freistaat bewahrt sein.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

**Präsidentin Ilse Aigner:** Jetzt hat für die CSU-Fraktion der Kollege Alfred Grob das Wort.

**Alfred Grob (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Staatsminister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine ganz bekannte Redewendung besagt:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Geld ist sicher nicht alles. Aber ohne Geld ist alles nichts. – Das gilt zu Hause im Familienhaushalt und ganz besonders für den Staatshaushalt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Solide Staatsfinanzen sind das A und O und die Grundlage für alles staatliche Handeln. Deshalb bin ich wirklich stolz darauf, dass wir einen soliden, einen auf Grundfesten fundierten Haushalt für die nächsten zwei Jahre vorlegen können. Mit diesem Haushalt, der ohne Schulden auskommt, bewahren wir den Markenkern bayerischer Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Worin liegt der Markenkern? Das wissen wir alle; wir haben es schon ein paarmal gesagt. Wir kommen ohne Neuverschuldung aus. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber allen anderen Bundesländern.

Deshalb bedanke ich mich eingangs meiner Rede ganz herzlich bei unserem Finanzminister für eine kluge Haushaltspolitik, für einen tollen Haushalt und für den Mut, nicht nur populistisch und populär zu sein, sondern das zu tun, was getan werden muss. Ich danke auch für die gute Zusammenarbeit mit unserem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes im Sinne aller Beamtinnen und Beamten und aller Angestellten des öffentlichen Dienstes. Lieber Herr Finanzminister, herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage auch ausdrücklich, obwohl wir die Tariferhöhung um ein halbes Jahr verschieben – wir setzen sie nicht aus, wie das der Kollege sagte –: Danke allen Kolleginnen und Kollegen, allen Bediensteten und Beschäftigten der bayerischen Finanzverwaltung, der Steuerverwaltung, der Hochschule für den öffentlichen Dienst, der Vermessungsverwaltung und der Bayerischen Schlösser- und Seenverwaltung. Sie leisten zuverlässig Tag für Tag eine tolle Arbeit, ohne dass sie sich in den Vordergrund drängen. Das haben wir zu respektieren, und dafür können wir Danke sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Beamtinnen und Beamten, die Anwärtinnen und Anwärter sowie die Tarifbeschäftigten in Bayerns Finanzämtern sind die Garanten für einen soliden Haushalt. Sie sorgen dafür, dass Geld in die Staatskasse kommt – Tag für Tag, zuverlässig, regelmäßig und ganz solide. Danke dafür! Ein Dank auch an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die sich jeden Tag bemühen, gut zu arbeiten, und damit unsere Steuerkassen füllen.

(Beifall bei der CSU sowie des Abgeordneten Josef Lausch (FREIE WÄHLER))

Die Steuerzahler und die Steuerverwaltung garantieren, dass der Staat seinen Aufgaben nachkommen kann, dass wir Schulen und Universitäten finanzieren und

bauen, Straßen und Brücken sanieren und bauen, die Polizei und die Justiz aufstellen und ausstatten sowie Kinder und Familien fördern können. Letztendlich können wir auch Kommunen unterstützen. Das ist in diesen Tagen sehr wichtig. Denken wir nur an die Schlüsselzuweisungen und an die FAG-Mittel. Dies alles geschieht durch die Steuer- und die Finanzverwaltung: leise, sachlich, ohne große Außenwirkung und ohne große Schlagzeilen, aber immer mit enormer Effektivität. Dafür ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb ist es auch folgerichtig und völlig in Ordnung, dass ein Löwenanteil, nämlich 72 % des Gesamthaushalts, bei der Steuerverwaltung in das Personal läuft. 2,6 Milliarden Euro für dieses Jahr und 2,7 Milliarden Euro für nächstes Jahr sind sehr gut angelegtes Geld für eine sehr gute Arbeit. Mit diesem Geld finanzieren wir 30.540 Stellen im Bestand. Das sind zwei Drittel für die Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten.

Meine Damen, meine Herren, wir investieren in Bayern auch ganz stark in die Digitalisierung. Aus meiner Sicht ist die Digitalisierung die Zukunft. Jährlich 400 Millionen Euro im Einzelplan 06 für Digitalisierung ist ein Pfund. Damit sorgen wir dafür, dass Bayern auch in Zukunft Spitze und Vorreiter bei allen Digitalisierungsbestrebungen ist und bleibt. Von diesen Mitteln entfallen 2026 und 2027 mehr als die Hälfte auf die EDV in der Steuerverwaltung und ganz besonders – das ist wichtig – auf das Rechenzentrum Nord in Nürnberg.

Für diejenigen, die sich für Zahlen interessieren: Mit 284,3 Millionen Euro für dieses Jahr und 274 Millionen für das nächste Jahr bleibt sichergestellt, dass Bayerns Finanzverwaltung erstens bürgerfreundlich, zweitens effizient und drittens digital und damit am Puls der Zeit bleibt. Moderne EDV ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern eine höhere Nutzerfreundlichkeit durch digitale Steuererklärungen mithilfe des Elster-Systems, das die meisten kennen, eine Verbesserung des Risikomanagements und des Fehlermanagements durch KI-Einsatz und letztendlich eine schnellere Bearbeitung der Anträge. Meine Damen, meine Herren, weiterhin möchte ich erwähnen, dass das Sondervermögen des Bundes auch nach Bayern fließt, nämlich ganze 220 Millionen Euro für die IT-Ausstattung, für 2026 150 Millionen Euro und für 2027 70 Millionen Euro. Mit diesem Geld werden wir die Kommunikationsmittel bei der Steuerverwaltung und vor allem die Netzwerkinfrastruktur deutlich ausbauen. Das ist ein wichtiger Schritt in die Zukunft.

Meine Damen, meine Herren, zum Schluss möchte ich noch ein paar Takte zur Fraktionsinitiative und damit zu dem sagen, was dadurch letztendlich beim öffentlichen Dienst ankommt:

Erstens. Wir verbessern den Service bei den Finanzämtern dadurch, dass wir sogenannte KI-gestützte Live-Übersetzungsprogramme an den Servicestellen der Finanzämter einführen, die allen Erfordernissen des Steuergeheimnisses entsprechen. Das ist eine Investition in Bürgerfreundlichkeit und eine bessere und Servicequalität.

Zweitens. Wir unterstützen die Steuerverwaltung, zweifelsohne das Rückgrat unserer Gesellschaft, auch im Krisenfall dadurch, dass sie arbeitsfähig und resilient bleibt, indem wir in große Notstromaggregate investieren.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, die Redezeit ist abgelaufen

**Alfred Grob (CSU):** – Okay. – Zuletzt möchte ich darauf hinweisen, dass das Geld, das wir investieren, gut angelegt ist. Wir tun das gerne für die Bediensteten

des öffentlichen Dienstes. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 06 und zum Gesamthaushalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht Herr Kollege Stefan Frühbeißer.

**Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER):** Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Blick auf die Vorreden meine ich, man müsste nicht so weit zurückgehen, wie man in den Haushaltsberatungen argumentiert hat. Aber wenn sich die AfD darin verliert, bei diesen Haushaltsberatungen darüber zu referieren, welche angeblich sinnvollen Anträge sie gestellt hätte und dass sie bestimmte Ministerien abschaffen und ein Ministerium umbenennen wolle, muss ich sagen: Das ist wirklich sehr sinnvoll, das bringt den Steuerzahler in Bayern wirklich weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Bitte verstehen Sie also, dass wir diese Anträge abgelehnt haben. In der Begründung können Sie nachlesen, warum. Ich möchte aber auch darauf eingehen, was in den Vorreden angesprochen worden ist. Ich möchte den Steuerzahlern sowie unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zunächst danken. Ich will es aber nicht bei einem Dank belassen, sondern vor allem auch die klare Aussage treffen, dass wir von den FREIEN WÄHLERN ein Verantwortungsbewusstsein dafür besitzen, dass wir nicht auf Pump finanzieren. Wir haben mit unserem Koalitionspartner darum gerungen, was im Bund passiert ist, nämlich die Bewilligung des Sondervermögens. Herr Kollege Halbleib, es war uns wichtig, dass die Darlehensaufnahme – eine Belastung für unsere Kinder und Enkelkinder – nur für die Verteidigungsfähigkeit und für Investitionen eingesetzt wird und nicht für laufende Maßnahmen.

(Volkmar Halbleib (SPD): 7 Milliarden Euro sind vom Bund!)

Diese Diskussion haben wir schon oft geführt, weil gerade die SPD mit ihren Anträgen über 3 Milliarden Euro für laufende Maßnahmen ausgeben will.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das habe ich Ihnen diese Woche bereits erläutert. Bei uns können sich die Steuerzahler darauf verlassen, dass wir nicht auf Pump Einzelinteressen finanzieren wollen, sondern bei uns das Gemeinwohl in Bayern im Vordergrund steht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und CSU)

Ganz nebenbei: Wir Bayern und gerade die FREIEN WÄHLER haben diesbezüglich eine gewisse Sorge und wollen eine schwarz-rote Koalition vermeiden. Wir sehen ja, dass es im Bund nicht ganz rund läuft.

(Zuruf von der SPD)

Ich möchte aber auch auf die von Tim Pargent schön gezeichnete Fußballmetapher eingehen. Er hat referiert, dass angeblich nur acht Spieler auf dem Platz wären. Ich möchte den Vergleich, der natürlich hinkt, fortführen. Bayern ist ein bisschen anders; denn hier wird durch Leistung überzeugt. Deshalb ein ausdrückliches Dankeschön an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Ergebnis ist: Bayern ist deutscher Meister, und wir spielen nicht nur in der Kreisliga, sondern in der Champions League. Bayern ist Vorreiter, weil Leistungsbereitschaft und Motivation für dieses Land eine ganz entscheidende Rolle spielen. Wenn man sich ein bisschen umhört, wird klar, dass gerade Berufe in der Finanzverwaltung beliebt

sind. Es ist nicht so, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich überlastet fühlen. Ganz im Gegenteil: Sie sind leistungsbereit und motiviert. Es spricht für Bayern und für Heimat, dass man sich damit identifiziert und Ziele hat. Deshalb möchte ich noch mal ein ausdrückliches Dankeschön an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aussprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und CSU)

Ich möchte noch allgemeine Anmerkungen bezüglich des Etats machen, den wir jetzt beraten, gerade weil der Kollege der AfD deutlich gemacht hat, wie die AfD den Heimatbegriff sieht. Heimat in Bayern zeichnet sich durch gleichwertige Lebensverhältnisse aus, durch Natur, Landschaft, Umweltschutz, Klimaschutz, Infrastruktur, Schulen, Kindergärten, Lebensqualität, Lebensfreude und Kultur. All diese Bereiche sind Heimat. Das ist ein Querschnitt über alle Etats hinweg. Aber in einem Etat ist das besonders verankert, und zwar richtigerweise im Etat der Finanzen; denn dort ist die Steuerung von erster Hand möglich, dass wir die Aufgaben so lösen, dass wir uns auch weiterhin in Bayern wohlfühlen. Das zeichnet Bayern meines Erachtens aus. Noch einmal: Bayern ist deutscher Meister, weil wir sehr gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, weil wir motiviert sind, mit Leidenschaft unser Land vertreten und daran arbeiten, dass es so bleibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Volkmar Halbleib von der SPD-Fraktion vor.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Herr Kollege Frühbeißer, ich bin Ihnen ausdrücklich dankbar, dass Sie die grundsätzliche Position der FREIEN WÄHLER noch einmal deutlich gemacht haben: Sie wollten das Sondervermögen nicht. Ganz einfach, Sie wollten es nicht. Damit würden 7 Milliarden Euro in diesem Doppelhaushalt fehlen. Das ist die erste Feststellung. Die zweite Feststellung ist: Es würden 5 Milliarden Euro an Investitionsmitteln für die bayerischen Kommunen fehlen, die vom Bund über den Freistaat an die Kommunen gegangen sind. Das ist die Wahrheit, der Sie sich auch einmal stellen sollten. Mit Ihnen gäbe es diese 7 Milliarden Euro im Doppelhaushalt des Freistaats Bayern nicht.

Was unsere Änderungsanträge betrifft: Unsere Änderungsanträge sind alle gegenfinanziert, ohne neue Schulden. Wir sind als Freistaat nicht Trittbrettfahrer des Bundes, sondern müssen selbst in erheblichem Umfang investieren und versteckte Verschuldung vermeiden – nicht nur Verschuldung, sondern auch versteckte Verschuldung. Bei der Infrastruktur im Freistaat Bayern, die aufgrund der Investitionen in den 70er- und 80er-Jahren gut ausgestattet ist, –

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege!

**Volkmar Halbleib (SPD):** – haben wir genug Grund, um zu investieren und nicht nur Bundesmittel zu verteilen.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege!

**Volkmar Halbleib (SPD):** Das ist unsere Position.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte, Herr Frühbeißer.

**Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Halbleib, es wiederholt sich bei Ihnen. Erstens noch einmal zur Klarstellung zum Sondervermögen, wie ich auch deutlich ausgeführt habe: Wir haben gesagt, dass das Sondervermögen nur für Investitionen und Verteidigungsfähigkeit eingesetzt werden darf.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Damit sind wir in die Verhandlungen getreten. Das kann man in der Zusatzklärung auch nachlesen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Zweitens würden Sie, wie in Ihren Änderungsanträgen deutlich wird, über 3 Milliarden Euro zusätzlich zu dem, was wir jetzt haben, auf Pump für laufende Maßnahmen finanzieren. Sie würden jeweils 50 Millionen Euro Tilgung aussetzen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist doch symbolisch!)

weil sie den Menschen nicht sagen, dass das Geld, das jetzt geliehen wird, in den kommenden Jahren mit entsprechenden Zinsen zurückgezahlt werden muss. Das verheimlichen Sie der Bevölkerung.

(Volkmar Halbleib (SPD): 50 Millionen Euro – das ist doch lächerlich!)

Bei uns sieht verantwortungsvolle Finanzpolitik anders aus: Wir schaffen bei den Menschen das Vertrauen, dass das Geld auch morgen und übermorgen noch da ist und unsere Nachkommen nicht die Schulden bezahlen, die Sie machen würden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Nun hat Herr Staatsminister Albert Füracker für die Staatsregierung das Wort.

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es waren interessante Tage. Heute habe ich beim Haushaltsgesetz noch einmal die Möglichkeit, alles darzustellen, was in den letzten Tagen gesagt wurde und mich bewegt bei der Frage, wie man einen solchen Haushalt aufstellt und wie wir Haushaltspolitik gestalten, die letztendlich die Grundlage für das gesamte politische Handeln bei uns in Bayern ist. Alles, was ich in den letzten Tagen und nun in der Debatte zum Haushalt für das Ministerium, das ich verantworten darf, gehört habe, ist immer dasselbe. Es gibt eine Diskussion über die Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Wünsche, die wir haben. Keiner von uns kann sich nicht vorstellen, noch mehr Geld für dieses und jenes auszugeben. Hier und dort bräuchte es mehr. Ja, selbstverständlich, ich lebe auch in dieser Welt. Das weiß ich alles.

Trägt man jedoch die Verantwortung für ein so großes Konstrukt, muss man auch die Tatsachen zur Kenntnis nehmen. Diese lauten, dass wir einen so großen Haushalt wie noch nie haben und so viel wie noch nie investieren, riesige Summen aus der Rücklage und das Geld, das aus Berlin zur Verfügung steht, entnehmen, um zu investieren. Deswegen habe ich damals bei meiner Einbringungsrede gesagt, noch mehr ist in diesem Doppelhaushalt nicht möglich. Wir müssen der Situation und der Krise, in der wir stecken, angemessen ein bisschen Maß halten und die einzelnen Haushalte entsprechend gestalten. So haben wir es auch mit dem Haushalt für das Finanz- und Heimatministerium getan.

Natürlich, Herr Pargent und Herr Halbleib, – wir diskutieren ja nicht zum ersten Mal über die Ausstattung der Steuerverwaltung – haben wir auch hier die grundlegende Schwierigkeit, dass aus unterschiedlichsten Gründen nicht alles, was notwendig wäre, erreichbar ist. Das hat nicht nur mit Geld, sondern auch mit Demografie zu tun. Kann die bayerische Finanz- und Steuerverwaltung möglicherweise nicht alle Stellen besetzen, die wir zur Verfügung haben, hilft es nichts, wenn wir noch mehr Stellen schaffen, sondern wir müssen uns in diesem Land die grundsätzliche Frage stellen, wie wir die Menschen, die jetzt alle in Rente oder in Pension gehen wollen,

ersetzen wollen. 1964 gab es 1,4 Millionen Geburten in Deutschland, in den letzten Jahren nur 680.000 bis 700.000. Wie wollen uns diese 700.000 die 1,4 Millionen von damals ersetzen? Das ist die Frage, die wir zu beantworten haben. Dabei geht es nicht um eine Million hin oder her, sondern darum, wie wir es schaffen, dass die Menschen gerne zu uns kommen.

Es ist nicht so, dass niemand mehr Steuerbeamter werden will. Wir haben rund 2.500 Auszubildende, meine Damen und Herren. Auch bei den Anwärtern sind die Einstellungszahlen mit 1.081 im Jahr 2022 und 1.371 im Jahr 2025 sehr hoch. Wir steigern also selbst in einer Zeit, in der es schwierig ist, Personal zu rekrutieren, die Zahlen derjenigen, die zum Staat gehen wollen. Wir machen Werbung und suchen überall, wo junge Menschen viel Kontakt zur Öffentlichkeit haben und in Social Media unterwegs sind. Wir haben Nachwuchswerbekonzepte auf den Weg gebracht. Natürlich wollen wir jeden Steuerbeamten, der ausscheidet, ersetzen, auch wenn es schwierig ist.

Wir sind also tätig geworden. Es stimmt nicht, dass nichts getan wurde, Herr Pargent. Ich glaube, so ähnlich haben Sie es formuliert. Von 2009 bis 2023 haben wir circa 3.700 zusätzliche Stellen und im Doppelhaushalt 2024/25 238 Stellen geschaffen. Sogar in diesem Doppelhaushalt gibt es 143 zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten, insbesondere die KONSENS-Stellen beim Landesamt für Steuern im Bereich der LuK. Seit 2009 haben wir somit über 4.000 zusätzliche Stellen im Geschäftsbereich geschaffen. Wir haben nicht tatenlos zugeschaut und lassen die Steuerverwaltung nicht "in Arbeit absaufen". So haben Sie es formuliert. Dennoch sage ich nicht, dass alles gelöst ist und wir völlig problemfrei unterwegs sind. Wir müssen mit dem, was wir haben und tun können, zurechtkommen. Ich erwähne die Steuerverwaltung und deren Leistungen auch immer, mehrfach im Jahr, ständig, wenn ich unterwegs bin, und bei allen möglichen Anlässen. In der Tat ist die Grundlage jedes funktionierenden Staatswesens eine funktionierende Steuerverwaltung, und sie funktioniert.

Wir haben weitere Maßnahmen veranlasst. Wir haben einen Versetzungsstopp an die Kommunen verfügt. Offensichtlich sind auch bei den Kommunen Nachwuchskräfte gefragt. Wir bilden die Leute top aus, aber die Steuerverwaltung hat das Problem, kein Personal von anderen Verwaltungen anwerben zu können. In der Steuerverwaltung kann man nur Menschen beschäftigen, die Steuerrecht gelernt haben. Bei den Kommunen ist das anders. Diese haben hohe Begehrlichkeiten unseren Steuerbeamtinnen und -beamten gegenüber, die top ausgebildet sind. Das macht es noch einmal schwieriger. Deshalb mussten wir diese Maßnahmen ergreifen.

Wir haben ein Zweite-Chance-Verfahren in Bayern eröffnet und tatsächlich – ich sage es noch einmal – junge Menschen gewonnen. Die seit 2012 gemessene Ist-Besetzung an den Finanzämtern in Vollzeitkräften ist im Übrigen um 466 Personen gestiegen, am Landesamt für Steuern seit 2012 um 616 Vollzeitkräfte. Warum? –Weil wir dort die Digitalisierung der Steuerverwaltung nicht nur für Bayern organisieren. Unsere digitalen Verwaltungen im Bereich der Steuer programmieren für ganz Deutschland, Stichwort KONSENS. Vieles von dem, was bundesweit in der Steuerverwaltung selbstverständlich geworden ist, entspringt bayerischer Feder. Deshalb müssen wir den Damen und Herren, die in der IT der Steuerverwaltung arbeiten, danken; denn sie schaffen die Grundlage dafür, dass das Personal an den Finanzämtern selbst umsetzen kann, was in den Gesetzen steht.

Natürlich – Alfred Grob hat es erwähnt – haben wir in der IT der Steuerverwaltung jetzt einen Aufwuchs wie schon ewig nicht mehr organisiert. Das, glaube ich, ist ein deutliches Signal. Mit diesem massiven Mittelaufwuchs werden wir die IT der Steuerverwaltung in Zukunft weiter optimieren. Die Strukturoptimierung, die wir in

den Finanzbehörden vornehmen, und all die Ausstattung, die wir dort organisieren, ist angesprochen worden. Ich kann hier ausführlich Stellung dazu nehmen, was alles getan wird, und sage allen Steuer- und Finanzbeamten noch einmal. es wird nie so sein, dass ein Maximum organisierbar ist. Wir strengen uns aber an, das Optimum zu erreichen. Ich glaube, wir sind hier sehr, sehr gut unterwegs.

Die Steuereinnahmen des Freistaates Bayern sind offensichtlich so gut – das sage ich immer wieder – dass wir im Finanzkraftausgleich immer noch die Superzahler sind. Obwohl alle anderen Länder angeblich eine so tolle Steuerverwaltung haben, jeden Steuersünder entdecken und so toll ausgestattet sind, führt dies immer noch nicht dazu, dass sie dort massive Steuerzuwächse hätten und wir in Bayern abschmieren würden, weil wir einen so schlechten Steuervollzug hätten. Wir haben in Bayern keinen schlechten Steuervollzug, meine Damen und Herren, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir setzen weiterhin auf unsere Digitalisierung. Mittlerweile nutzen 25 Millionen Bürgerinnen und Bürger das ELSTER-Verfahren in Deutschland. Das ist das größte und weitverbreitetste IT-Verfahren, das es in einer öffentlichen Verwaltung in diesem Land gibt. 80 % geben ihre Einkommensteuererklärung darüber ab, 100 % die Anmeldesteuern. Wir haben einfach ELSTER kreiert, die vorausgefüllte Steuererklärung, und jetzt auch okELSTER in der App, die wir 2025 vorgestellt haben und die ab 1. Juli laufen wird. Im ersten Schritt ist das für ledige, kinderlose Arbeitnehmer und Bezieher von Alterseinkünften nutzbar, bei denen keine großen Besonderheiten in der Steuererklärung vorliegen. Circa 11 Millionen Steuerpflichtige in Deutschland werden das nutzen können. Dies sind echte Fortschritte, die dazu führen werden, dass wir auch im Bereich der Digitalisierung der Steuer weiterhin gut vorankommen.

Zu den Beschäftigten selbst und zur Frage der Tarifübernahme nehme ich später noch Stellung, aber es ist nicht so, dass wir unsere Beschäftigten vergessen würden, ganz im Gegenteil. Im Bereich des öffentlichen Dienstes nenne ich hier nur drei Stichworte: A 13 für alle, amtsangemessene Alimentation, Anhebung der Eingangsbesoldung und ständige Hebungen. All dies kostet in Bayern viel, viel Geld. Mit all dem, was wir tun, haben wir einen verfassungskonformen Vollzug im Bereich der Besoldung, was offensichtlich nicht überall der Fall ist, wie die jüngsten Urteile des Verfassungsgerichts zeigen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir nach den Möglichkeiten, die wir haben, Kompromisse finden mussten, die notwendig sind, um in dieser Zeit einen solchen Haushalt zu kreieren. Noch einmal: Es geht nicht darum, dass ich mich weigere, Schulden zu machen. Meine Damen und Herren, das ist auch kein Dogma. Aber wir finanzieren diesen Haushalt mit 5 Milliarden Euro aus der Rücklage und – das ist zu Recht gesagt worden, und das habe ich auch nie verschwiegen – mit 7 Milliarden des Geldes, das wir aus Berlin erhalten. Es heißt immer, wenn ihr dieses Geld nicht hättet, gäbe es das alles nicht. Das stimmt. Dann hätten wir um 7 Milliarden Euro weniger Investitionen. Das Geld, das wir aus Berlin erhalten, ist aber nicht Grundlage des ausgeglichenen Haushalts.

Außerdem gehören wir auch zu Deutschland.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn der Deutsche Bundestag das so beschließt, ist es geradezu ein Witz, dass ich mich ständig für Geld, das aus Berlin kommt, rechtfertigen muss.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir zahlen 11,7 Milliarden Euro an andere Bundesländer, und wenn einmal Geld aus Berlin kommt, soll ich mich ständig dafür entschuldigen. Meine Damen und Herren, das kann doch nicht wahr sein!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der bayerische Steuerzahler ist maßgeblich auch derjenige, der den Bundeshaushalt trägt. Sonst würde dort überhaupt nichts funktionieren. Deswegen, meine Damen und Herren, steht uns das Geld zu.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zu unseren Heimatthemen: Selbstverständlich sind wir kein heimliches Heimatministerium. Wir sind ein unheimlich starkes Ministerium.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Genau!)

Das sind wir, meine Damen und Herren.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gut! – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bei uns ist nichts heimlich. Bei uns wird der Heimatbegriff aus der Verfassung umgesetzt; gleichwertige Lebensverhältnisse.

Wir erleben einen technischen Heimatbegriff und einen emotionalen Heimatbegriff. So haben wir es immer definiert. Wer jemals verfolgt hat, was wir seit 2013 als Heimat definieren, hätte heute Ihre Rede nicht halten dürfen, Herr Müller. Wir haben 2013 eine Heimatstrategie entwickelt: Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern mit Digitalisierung und Glasfaser. Seitdem haben wir fast 3 Milliarden Euro investiert, im Doppelhaushalt sind es 720 Millionen Euro. Da sagen Sie, für Heimat ist nichts drin.

Schlösserverwaltung, Heimat, Behördenverlagerung: Vor kurzem habe ich hier eine Regierungserklärung gehalten zur Behördenverlagerungsstrategie des Freistaats Bayern. Die Anlage S nicht nur meines Hauses, sondern auch aller anderen Ministerien ist voll mit Maßnahmen, die wir im Bereich der Heimatstrategie und der Behördenverlagerung umsetzen. Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle.

Natürlich koordinieren wir diese Dinge für viele andere auch. Ich erhebe jetzt nicht Anspruch darauf zu sagen, ich bin der Einzige, der Heimatpolitik macht, ganz im Gegenteil. Ich bin froh über jeden, der bei der Heimatpolitik mittut.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich könnte mir immer mehr vorstellen. Sie haben gesagt, Sie wollen uns die Heimat wegnehmen und ins Umweltministerium geben. Ich mag alle Ministerien. Aber wenn man Heimatpolitik wirklich bündeln wollte, bräuchte ich noch mehr in meinem Ministerium, Herr Müller. Dann müsste die Michaela Kaniber mir die ganze Dorfereuerung geben, der Christian Bernreiter die Städtebauförderung und die Anna Stolz die Lehrer; denn alles ist Heimat. Ich glaube schon, dass man die Dinge ein bisschen seriöser besprechen muss. Das ist der technische Heimatbegriff.

Beim emotionalen Heimatbegriff, den Sie meinen, kommt es nicht aufs Geld an. Da geht es um Anerkennungskultur. Da gibt es Menschen, die sich freuen, dass sie einmal in den Mittelpunkt gerückt werden, Menschen, die seit Jahrzehnten ehrenamtlich tätig sind und sich dann freuen, wenn sie einen Heimatpreis kriegen, sich freuen, wenn sie einen Demografiepreis kriegen, sich freuen, wenn sie einen Dialektpreis oder Jugendedialektpreis kriegen, sich freuen, wenn wir eine Dialekt-

strategie machen, die auch in den Medien gut angenommen wird, sich freuen, wenn wir einen Heimatelebnistag organisieren.

Wir haben ganz Bayern bereist und Bürgerdialoge durchgeführt. Eine Idee war, einen Heimatelebnistag zu machen. Der ist am 3. Mai. Ich lade alle ein. Es gibt weit über 200 Veranstaltungen in ganz Bayern. Ein Heimatelebnistag – das stimmt – kostet keine Milliarden. Ich würde den Erfolg von Politik nicht immer allein am Geld bemessen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist etwas, das wir ehrlicherweise in diesen Zeiten auch einmal zurückstellen sollten. Wir dürfen den Bürgerinnen und Bürgern nicht sagen: Nur da, wo viel Geld im Haushalt ist, wird gescheite Politik gemacht.

Ich sage Ihnen eines: Meine Lebenserfahrung nach fast vierzig Jahren Politik ist, dass man Wahlen nicht immer nur mit Geld gewinnt, sondern vielleicht auch mit einer Grundüberzeugung und damit, dass man für ein Thema brennt. Dass wir für Heimatthemen brennen und Bayern gestalten wollen, ist, glaube ich, unübersehbar. Das tun wir hervorragend. Wir haben Partner dafür: den Trachtenverband, den Landesverein für Heimatpflege – ein wunderbarer Verband für ganz Bayern –, die Heimatpfleger, die alle ehrenamtlich mithelfen und sich nicht jeden Tag vielmehr die Frage stellen: Was habe ich davon? Was kriege ich dafür? – Diese Leute stellen sich die Frage: Was kann ich tun? Wo kann ich mich einbringen, damit das wunderbare Bayern gut vorankommt? – Wir helfen als Heimatministerium mit, dass auch andere erfolgreich Heimatpolitik gestalten können. Das ist unsere Aufgabe, die wir umsetzen werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Insofern auch mein Dank an alle, die mithelfen, dass wir diesen Haushalt so führen können, natürlich an mein Ministerium, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für den öffentlichen Dienst. Mit ihnen haben wir am meisten zu tun, aber auch mit dem Wirtschaftsausschuss, wenn es um die Glasfaser- und Digitalisierungsfragen geht. Ich finde, wir können das gut miteinander machen.

Dass hier natürlich in gewisser ritualisierter Weise immer wieder darauf hingewiesen werden muss, auch seitens der Opposition, was noch alles möglich wäre, verstehe ich. Aber warum man das Konstrukt, so wie es jetzt vorliegt, insgesamt nicht unterstützen möchte, verstehe ich eigentlich nicht; denn einen besseren Haushalt als diesen, meine Damen und Herren, können wir bei den Mitteln und Möglichkeiten, die wir haben, eigentlich nicht vorlegen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es gibt zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Die erste kommt vom Kollegen Halbleib für die SPD-Fraktion.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Herr Staatsminister, ich habe eine Klarstellung und einen Appell.

Die Klarstellung ist: Wir haben gemeinsam – CSU und SPD – in Berlin die Nutzung des Sondervermögens für die Länder und die Kommunen beschlossen. Deswegen bekennen wir uns auch dazu. Wenn Sie sagen, hier muss sich jemand entschuldigen, dass die Mittel verwendet werden, kann das nur Ihr Koalitionspartner in Bayern sein, die FREIEN WÄHLER. Sie wollten nämlich das ganze Sondervermögen für Investitionen außerhalb des Militärbereichs nicht, haben aber jetzt natürlich eine Herausforderung, weil sie ihr Wort von früher nicht mehr halten.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Billiger Versuch!)

Das nur zur Klarstellung. Wir sind hundertprozentig dabei. Bei Ihrem Koalitionspartner könnten Sie vielleicht noch einmal Überzeugungsarbeit leisten.

Dann ein Appell: Bitte begründen Sie die aktuelle Stellenpolitik, die Sie betreiben, in Zukunft nicht mehr mit dem Nachwuchsproblem oder dem demografischen Wandel; denn umgekehrt wird doch ein Schuh daraus. Wenn ich Stellen nicht schaffe, die ich eigentlich bräuchte, wenn ich eine Wiederbesetzungssperre habe, wenn ich ein Stellenmoratorium habe, wenn ich Stellenabbau habe und die Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten verschiebe, ist das nicht gerade eine Nachwuchswerbung für die Kräfte, die wir im Augenblick dringend brauchen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Herr Halbleib, ich bitte noch einmal darum, zur Kenntnis zu nehmen – ich habe es gerade vorgetragen –, dass wir mehr einstellen als zum Beispiel 2022. In 2025 waren es genau 300 mehr. Wir haben 2.500 in der Ausbildung, und es ist nicht so, dass niemand diese Ausbildung machen möchte. Der junge Mensch, der sich für die berufliche Ausbildung entscheidet, fragt sich nach all dem, was wir immer gemacht haben, nicht an erster Stelle, ob es eine Tarifübernahme in dem Jahr gab.

Wollen Sie einmal darüber diskutieren, wo wir als Bayerische Staatsregierung für Beamtinnen und Beamte viele Dinge vertreten und verteidigen, die SPD und GRÜNE längst nicht mehr verteidigen? – Eine Partei, die Bürgergeld will, eine Partei, die will, dass Beamtinnen und Beamte in die Rentenkasse einzahlen, eine Partei, die Beihilfe nicht mehr will, sollte sich bitte bei der Einschätzung der Frage, wie andere Beamtenpolitik betreiben, sehr zurückhalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Billiger Ablenkungsversuch!)

Dass wir beim größten Kostenblock, den wir haben, und bei etwa 40 % Personalkosten nicht ganz spurlos an dem Bereich vorübergehen können, wenn wir konsolidieren, leuchtet, glaube ich, auch jedem ein; ich kann später noch etwas dazu sagen.

Das Zweite ist das Sondervermögen. Ich habe nicht gesagt, dass Sie sagen, dass ich mich entschuldigen soll. Aber es geht um das permanente Erwähnen oder darum, zu glauben, erwähnen zu müssen, dass unser Haushalt nur deswegen funktioniert, weil wir aus Berlin 7 Milliarden Euro bekommen. Meine Damen und Herren, da ist noch mehr drin, was wir kriegen. Wir kriegen Geld für Städtebauförderung. Wir kriegen Geld aus Brüssel. Wir kriegen aus verschiedenen Töpfen Geld. Wir zahlen aber auch überall. Der bayerische Steuerzahler ist beteiligt am Bundeshaushalt. Der bayerische Steuerzahler ist beteiligt am EU-Haushalt. Der bayerische Steuerzahler ist vor allen Dingen überproportional am Haushalt aller anderen Bundesländer beteiligt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich sage, wir nehmen die 7 Milliarden Euro und bauen sie ein – nur die 7 Milliarden sind es –, und wenn ich den Finanzkraftausgleich erwähne, kommt meistens aus der linken Ecke: Das können wir nicht mehr hören. Wie oft habt ihr das schon gesagt?

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr habt ja verhandelt!)

Wir haben es noch nicht so oft gesagt, wie Sie gesagt haben, dass wir aus Berlin Geld aus dem Sondervermögen bekommen. Wir nehmen es und investieren es. Danke dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Johann Müller.

**Johann Müller (AfD):** Herr Staatsminister Füracker, vielen Dank für Ihre Aussagen zur Heimat. Natürlich ist es schön, wenn die CSU und die FREIEN WÄHLER einen Heimatpreis vergeben oder einen Empfang machen. Aber zu gleichwertigen Lebensverhältnissen gehört noch etwas anderes. Da könnten wir über die Finanzen und die fehlenden Zuschüsse aus der Staatsregierung sprechen.

(Michael Hofmann (CSU): Bei was?)

Gestern hat Ihr Ministerkollege Bernreiter hier gejammert, dass er die Zuschüsse aus dem Bund verspätet bekommt. Genauso werden aber die Kommunen von Ihnen behandelt, wenn diese fehlenden oder ausgebliebenen Zuschüsse nicht kommen. Die Folge davon ist, dass sich die Kommunen und die Landkreise freiwillige Leistungen, die auch unseren Bürgern zustehen, nicht mehr leisten können vor lauter Schulden und Zahlungen.

(Zuruf von der CSU: Auf den Punkt kommen! – Michael Hofmann (CSU): Das ist ja lächerlich!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Staatsminister.

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Jetzt kommt ein bisschen etwas durcheinander. Im Übrigen: Landkreise – das ist ein umlagefinanzierter Haushalt – dürften sich eigentlich per se überhaupt keine freiwilligen Leistungen leisten. Da gab es vor vielen Jahren das Eichenau-Urteil. Ich sage es Ihnen nur. Ich habe das nicht erfunden.

Zu der Frage, wann Kommunen Geld bekommen für ihre Baumaßnahmen, kann ich zum Beispiel für die Programme, die ich zu verantworten habe – nach Artikel 10 des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes für die Förderung von Kitas und von Schulen oder im Krankenhausbauprogramm zusammen mit der Kollegin Gerlach – sagen: Das wird zeitnah abfinanziert. "Zeitnah abzufinanzieren" heißt halt nicht, dass man das Geld bekommt, bevor die Baumaßnahme fertig ist. Man muss erst fertig sein, fertig abrechnen, Schlussrechnungen vorlegen. Das habe ich auch öfter, dass sich manche beschweren, das Geld käme nicht. Dann frage ich nach, und dann ist nicht einmal die Schlussrechnung da. Ob man das jetzt alles vermengen soll?

Ich kann Ihnen eines sagen, Herr Müller: In diesem Doppelhaushalt wird Heimatpolitik in allen Ressorts gemacht. 168 Milliarden Euro für die Heimatpolitik. Das ist bayerische Politik.

Was ich mir noch wünsche zur Heimatpolitik und zur Heimatstrategie: Wir als Freistaat Bayern können nicht alles regeln. Wenn wir Behörden verlagern, wird das nicht so sein, dass deswegen die Wirtschaft blüht. Aber das Vorbild, das wir als Staat geben, die Möglichkeiten, die wir damit schaffen, sind zu sehen. Eine Heimatstrategie des Freistaats Bayern ist etwas Einzigartiges.

Ich würde mir zum Beispiel wünschen, dass auch die bayerische Wirtschaft eine Heimatstrategie auflegt. Denn man kann auch nördlich des Tunnels in Regensburg sehr gut und optimal investieren. Daran sollten wir noch arbeiten. Ich denke, dass

wir hier gute Vorbildarbeit leisten. Ich überhöhe das nicht. Aber die Möglichkeiten, die wir haben – zur Strukturpolitik durch Heimatpolitik –, nutzen wir in optimaler Weise. Darauf lege ich Wert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplanes 2026/27, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10073 mit 19/10088 und auf der Drucksache 19/10366 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/11326 zugrunde.

Zunächst führen wir die namentliche Abstimmung durch über den eingangs erwähnten Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Studie nach dänischem Vorbild: Evidenzbasierte Zuwanderungs- und Fiskalstudie für Bayern einschließlich MENAPT-Auswertung" auf Drucksache 19/10075. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Ich eröffne die Abstimmung. Wir haben drei Minuten Zeit. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung 10:22 bis 10:25 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Während das Abstimmungsergebnis ermittelt wird, fahren wir fort mit der einfachen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern" auf der Drucksache 19/10079. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt diesen Antrag ebenfalls zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt. – Jetzt müssen wir noch auf das Abstimmungsergebnis von der namentlichen Abstimmung warten.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum AfD-Änderungsantrag auf der Drucksache 19/10075: Mit Ja haben gestimmt 25, mit Nein haben gestimmt 139. Stimmenthaltungen: 0. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage ...)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 06. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 19/11326 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der AfD, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Sehe ich nicht. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Abs. 6. der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wird, als erledigt. Eine Liste finden Sie in "Plenum Online".

(Siehe Anlage ...)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2026/2027 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das ganze Haus zu sein. Auch die GRÜNEN? – Ja. Gegenstimmen? – Sehe ich nicht. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist es auch so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/11326 weise ich darauf hin, dass auch die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10077 und 19/10078, 19/10080 mit 19/10088 und 19/10366 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 06 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

#### **Haushaltsplan 2026/2027**

##### **Einzelplan 08**

##### **für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus**

hierzu:

**Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10463 mit 19/10468)**

**Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 19/10469 mit 19/10483)**

**Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/10484 mit 19/10489)**

**Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 19/10490 mit 19/10496 und 19/10629)**

**Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/10497 mit 19/10509, 19/10714 und 19/10754)**

Wir haben 45 Minuten für die Aussprache, die ich hiermit eröffne. Der erste Redner ist der Kollege Werner Stieglitz für die CSU-Fraktion.

**Werner Stieglitz (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrter Herr Ministerpräsident, liebe Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Wir beraten heute – ich sage das ganz bewusst – den wohl schönsten Einzelplan unseres bayerischen Haushaltes, nämlich den Einzelplan 08 für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus, der auch einen großen Teil zur Heimatstrategie und zur Heimatpolitik beiträgt.

(Beifall bei der CSU)

Warum ist das so? – Der Einzelplan steht für vier Bereiche, die Bayern in besonderer Weise prägen: unsere Landwirtschaft, unsere Ernährungswirtschaft, unsere Wälder und unseren Tourismus. Er steht für das, was Bayern im Kern ausmacht, eben für unsere Heimat, für unsere Kulturlandschaft, für nachhaltiges Wirtschaften und vor allem für die Menschen, die all das Tag für Tag mit Leben füllen. Es sind die Bäuerinnen und Bauern auf ihren Höfen, die Waldbesitzer, die die Wälder

pflügen, die Beschäftigten in der Ernährungswirtschaft und die vielen engagierten Menschen in der Tourismusbranche.

(Beifall bei der CSU)

Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt heute unser Dank. Sie sorgen für hochwertige Lebensmittel. Sie erhalten unsere einzigartige Landschaft. Sie schaffen Wertschöpfung im ländlichen Raum und machen Bayern zu dem attraktiven Lebens- und Urlaubsland, das wir alle so schätzen und lieben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Doppelhaushalt 2026/2027 zeigt klar: Bayern steht auch in herausfordernden Zeiten zu diesen Bereichen. Mit rund 3,8 Milliarden Euro setzen wir ein starkes Signal. Trotz notwendiger Konsolidierung bleibt dieser Einzelplan ein kraftvolles Fundament für die Zukunft unseres ländlichen Raums. Besonders wichtig ist: Mehr als die Hälfte der Mittel fließt direkt in Fördermaßnahmen. Das heißt ganz konkret, dass wir in unsere Regionen, in unsere Betriebe und in die Lebensqualität außerhalb der Ballungsräume investieren.

Ein Schwerpunkt der Investitionen ist die ländliche Entwicklung. Mit 45 Millionen Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz stärken wir die Dorferneuerung. Wir investieren in lebendige Ortskerne, in die Gemeinschaft und in die gleichen Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht nur Strukturpolitik, sondern aktive Heimatpolitik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiterer wichtiger Baustein sind die Investitionen in die bayerischen Staatsgüter. Mit zusätzlichen Mitteln, unter anderem für den Bildungs- und Forschungsstall für Legehennen in Kitzingen, verbinden wir Praxis und Wissenschaft, stärken das Tierwohl und schaffen moderne Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft von morgen.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist kein statisches Zahlenwerk. Er ist ein klares Bekenntnis zu unserer Landwirtschaft, zu unseren Regionen und zu den kommenden Generationen. Das zeigt sich auch an vielen konkreten Maßnahmen. Wir stärken die Direktvermarktung und die regionale Wertschöpfung. Wir fördern den Ökolandbau und das Kulturlandschaftsprogramm und verbinden so ökologische Verantwortung mit wirtschaftlichen Perspektiven. Wir investieren in Innovationen für eine moderne Landwirtschaft.

Gleichzeitig verlieren wir aber auch die Menschen hinter den Betrieben nicht aus dem Blick. Mit dem Pilotprojekt "Aufsuchende Hilfe Allgäu" und der Stärkung der sozialen Betriebshilfe setzen wir ein wichtiges Zeichen. Landwirtschaftspolitik ist auch Sozialpolitik. Gerade in schwierigen Zeiten braucht es Unterstützung, menschlich und unbürokratisch.

Ein besonderes Anliegen ist uns auch die Bildung. Projekte wie "Landfrauen machen Schule" zeigen eindrucksvoll, wie wir Wissen über Ernährung, Landwirtschaft und regionale Zusammenhänge in die Gesellschaft tragen. Das schafft gerade auch bei der jungen Generation Verständnis, Wertschätzung und Bewusstsein. Durch die zusätzlichen Mittel in Höhe von 40.000 Euro können 80 weitere Lerneinheiten zu den bereits bestehenden 255 Maßnahmen in ganz Bayern durchgeführt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen auch den Tourismus nicht vergessen. Mit gezielten Investitionen in das Tourismusmarketing stärken wir eine Branche, die für viele Regionen Bayerns ein zentraler Wirtschaftsfaktor ist. Tourismus bedeutet Arbeitsplätze, Lebensqualität und internationale Strahlkraft für unseren Freistaat.

Meine Damen und Herren, all diese Maßnahmen zeigen: Dieser Einzelplan ist weit mehr als ein Agrarhaushalt. Er ist ein umfassender Plan für Bayerns Zukunft, für die wirtschaftliche Stabilität, für ökologische Verantwortung und für regionale Wertschöpfung. Er stärkt die Ernährungssouveränität, die gerade in Krisenzeiten an Bedeutung gewinnt. Er sichert die Grundlagen unseres Lebens von der Lebensmittelproduktion bis hin zu lebenswerten Regionen. Und er zeigt auch: Wertschätzung ist in Bayern nicht nur ein Wort, sondern wird konkret im Haushalt abgebildet.

Liebe Frau Staatsministerin, liebe Frau Kaniber, Sie vertreten Bayern derzeit auch als Vorsitzende der Agrarministerkonferenz. Das ist gerade in bewegten Zeiten eine verantwortungsvolle Aufgabe. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg und ein gutes Händchen für die Interessen unseres Freistaates.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schluss möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium, bei allen Beteiligten in den nachgeordneten Bereichen und ganz besonders bei Ihnen, Frau Staatsministerin, ausdrücklich bedanken. Sie leisten großartige Arbeit für unsere Landwirtschaft, unsere Regionen und unseren Tourismus. Dafür gebührt Ihnen unsere Anerkennung und unser Dank. Ich wünsche Ihnen gutes Gelingen und viel Erfolg beim Vollzug des Haushaltes, und bitte das Hohe Haus um Zustimmung zu diesem Einzelplan.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Gerd Mannes.

(Beifall bei der AfD)

Bitte, Sie haben das Wort.

**Gerd Mannes (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! 1,9 Milliarden Euro für die bayerische Landwirtschaft, für Ernährung, Forstwirtschaft und Tourismus. Insgesamt ist das ein sehr förderlastiger Haushalt. Laut Pressemeldung, die Sie herausgegeben haben, Frau Kaniber, ist ein Schwerpunkt die Dorferneuerung, die 40 Millionen Euro des Etats ausmacht. Die Seele eines jeden Dorfes ist natürlich die Landwirtschaft mit ihren Bauern. Jedes Jahr müssen 3.000 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland aufgeben. Deswegen braucht sich niemand von der Staatsregierung auf die Schulter zu klopfen. Mehr werden nur Ämter und Verwaltungen. Dafür sind wir breit aufgestellt. Frau Kaniber, Sie haben keinen Grund, sich auf die Schulter zu klopfen.

Die Landwirte – und das ist der Punkt – stehen wegen der Überregulierung regelrecht mit dem Rücken zur Wand. Natürlich gibt es auch einen massiven Preisdruck im Großhandel; aber nirgends ist die Gängelung durch Regulierung so ausgeprägt wie in Deutschland. Jetzt verschärft sich noch die Situation durch steigende Düng- und Dieselpreise. Es wäre also höchste Zeit, mit dieser Regulierungswut aufzuhören; aber stattdessen macht man einfach so weiter.

Herr Stieglitz, Sie haben sich jetzt bei den Beamten bedankt. Ich möchte mich hier einmal bei den Landwirten bedanken, dass sie weitermachen.

(Michael Hofmann (CSU): Er hat sich auch bei den Landwirten bedankt!)

Frau Kaniber, Sie haben ein Handbuch zur Konditionalität herausgegeben, das 90 Seiten hat. Das Buch ist voll von Erklärungen, Richtlinien und Verboten. Solche Leitfäden brauchen die Landwirte nicht. Wissen Sie, was die Landwirte brauchen?

– Sie brauchen eine Politik, die sich dafür einsetzt, dass dieser ganze Regulierungssirrsinn endlich ein Ende hat. So sieht es aus.

(Beifall bei der AfD)

Was mich persönlich ärgert, ist, dass die meisten Vorschriften mit Nachhaltigkeit und Klimaschutz begründet werden; aber ich sage es noch einmal ganz klar: Jeder Landwirt wirtschaftet bereits nachhaltig. Und es bedarf keiner Landwirtschaft, die klimaneutral ist. Das ist schlicht Unsinn. Es geht vielmehr darum, unsere Landwirtschaft zu erhalten, um unsere Ernährung zu sichern und die Daseinsvorsorge zu garantieren. Wir kritisieren in diesem Zusammenhang immer, dass die Agrarförderung ökologische Maßnahmen und Biobetriebe bevorzugt. Viele der konventionellen Betrieben werden dadurch benachteiligt. Das spreche ich heute noch einmal ausdrücklich an. Beide Segmente haben ihre Berechtigung und bedienen entsprechende Marktsegmente. Trotzdem konnte man die Forderung einer Gleichbehandlung in unserem Haushalt nicht abbilden. Der Grund dafür ist eigentlich relativ klar: Die aktuelle europäische GAP-Förderperiode läuft noch bis zum Jahr 2027.

Der Haushaltsplan basiert natürlich auf diesem GAP-Förderrahmen. Dass wir aus dieser Lage nicht herauskommen, ist schon klar, das wissen wir beide. Wir können kurzfristig nichts daran ändern; aber die Förderprogramme basieren nicht nur auf Landesmitteln, sondern auch auf EU- und Bundesmitteln. Das ist alles abgebildet. Eine kurzfristige Umschichtung dieser Programme ist natürlich nicht möglich, auch weil Verträge laufen. Aber ich sage Ihnen etwas: Ganz klar ist – und das fordern wir heute hier –, dass wir auf EU-Ebene eine Kurskorrektur für die nächste GAP-Förderperiode ab dem Jahr 2028 brauchen. Da müssen wir umsteuern. Wir dürfen diese Interessen der bayerischen und deutschen Landwirte auf EU-Ebene also nicht wieder verraten. Sonst gibt es in Deutschland und in Bayern bald keine Landwirte mehr.

Was den Haushalt angeht, haben wir noch ein paar kleine Änderungsvorschläge gemacht: Die Mittel für die einzelbetriebliche Förderung wollen wir um 3 Millionen Euro erhöhen. Die soziale Betriebshilfe – ein ganz wichtiger Punkt – wollen wir um 1 Million Euro zusätzlich erhöhen. Die Aufstockung des Förderprogramms ist aus unserer Sicht wichtig.

Stimmen Sie unseren Änderungsanträgen also zu. Sie stellen eine kleine Verbesserung dar. Aber wie ich es bereits gesagt habe: Die Rahmenbedingungen für die Landwirte müssen sich endlich wieder zum Positiven umkehren. Das können wir heute nicht machen. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Abgeordneter, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu hat die Kollegin Dr. Petra Loibl, CSU-Fraktion, das Wort.

**Dr. Petra Loibl (CSU):** Herr Kollege Mannes, Sie haben im ersten Teil Ihrer sehr allgemein gehaltenen Rede immer wieder das Wort "Regulierungswut" angeführt. Nennen Sie mir oder uns zur Verdeutlichung doch bitte drei Punkte bayerischer Landesgesetzgebung, für die wir hier in Bayern zuständig sind und die Sie geändert haben möchten. Danke.

**Gerd Mannes (AfD):** Ich habe es, glaube ich, in meiner Rede gut ausgeführt. Ich habe mal geguckt – –

(Michael Hofmann (CSU): Nein, haben Sie nicht!)

– Also, Herr Hofmann dann sage ich es noch einmal für Sie, weil Sie nicht aufpassen können.

(Michael Hofmann (CSU): Drei Punkte!)

– Hören Sie zu. Die letzten zehn Jahre haben die Landwirte ungefähr 200 neue Verordnungen bekommen.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Das ist doch keine konkrete Antwort! – Michael Hofmann (CSU): Beantworten Sie doch die Frage!)

– Lassen Sie mich doch ausreden! Die meisten davon auf EU-Ebene und auf Bundesebene.

(Michael Hofmann (CSU): Aha!)

Aber jetzt sage ich Ihnen etwas; Sie haben mir einen Elfmeter aufgelegt: Das Thema "Rettet die Bienen!" – auf gut Deutsch gesagt, der ganze Mist, der da drinsteht, diese ganze Regulierung, diese ganzen Verordnungen – gibt es nur in Bayern.

(Michael Hofmann (CSU): Was genau denn?)

Und ich sage Ihnen etwas: Das sollte schnellstmöglich entsorgt werden. – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Nächster Redner ist für die FREIEN WÄHLER der Kollege Bernhard Pohl.

(Michael Hofmann (CSU): Inhaltlich keine Antwort! – Gerd Mannes (AfD): Es sind hundert Punkte, die da drinstehen, hundert Punkte!)

– Nehmen Sie jetzt bitte wieder Platz. Ihre Rede ist vorbei. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal auch von meiner Seite der Dank an die Menschen, die in der Landwirtschaft tätig sind und die unsere Versorgung mit hochwertigen, gesunden Nahrungsmitteln täglich sicherstellen.

Ich sage das immer wieder auch in Richtung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, weil Sie häufig einen Widerspruch zwischen Klimaschutz und Landwirtschaft herstellen. Ich sage Ihnen: Die Menschen brauchen natürlich ein gesundes Klima, aber wenn sie nichts zu essen haben, haben sie keine Zukunft. Bei einer Weltbevölkerung, die immer mehr wächst, wird die Ernährungssicherheit mehr und mehr an Bedeutung gewinnen.

Zweiter Punkt. Der Etat des Landwirtschaftsministeriums ist auch ein Etat des Tourismus. Ich schlage hier die Brücke: Landwirte sind die besten, glaubwürdigsten und nachhaltigsten Umweltschützer, die wir haben –

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

weit mehr als so mancher Verbandsfunktionär eines Umweltverbandes, der die Dinge aus der Ferne betrachtet, aber nicht tagtäglich draußen ist, um sich um

sein Eigentum zu kümmern. Wir stehen zum Eigentum gerade auch in der Landwirtschaft.

Zum Eigentum zu stehen, heißt auch, unseren Betrieben eine Zukunft zu geben. Wir machen da keinen ideologischen Unterschied zwischen biologischem und konventionellem Anbau. Wir stellen die Regionalität in den Mittelpunkt. Das ist die richtige Herangehensweise. Regionalität ist uns wichtig. Regionale Kreisläufe unterstützen unsere heimische Landwirtschaft.

Unsere Landwirte sind die besten Umweltschützer. Sie sind aber auch – das sage ich als jemand, der in der größten Tourismusregion Deutschlands, dem Allgäu, lebt – diejenigen, die die Grundlage für den Tourismus schaffen. Warum kommen die Leute zu uns? – Weil wir eine intakte Landschaft, eine intakte Natur haben.

Dritter Punkt. Ja, wir müssen im Bereich der Entbürokratisierung, der Deregulierung ganz besonders auf die Landwirtschaft schauen, und zwar auf allen Ebenen. Frau Kollegin Loibl, jetzt nenne ich einmal zwei tatsächlich besonders schwierige Beispiele von der europäischen Ebene. Ich rede jetzt von den Waldbesitzern. Das sind die Entwaldungsverordnung – momentan ja aufgeschoben – und die Wiederherstellungsverordnung.

Das sind Bürokratiemonster mit, zumindest was die Wiederherstellungsverordnung anbetrifft, teilweise berechtigten Anliegen. Sie sind in der Umsetzung für eine kleinteilige Landwirtschaft, nicht wie in großen Kolchosen wie in Russland, aber nicht handhabbar.

Vierter Punkt. Das ist auch ein wesentlicher Teil unserer Strategie in der Staatsregierung und in den Regierungsfractionen. Wir geben viel Geld für die Dorferneuerung aus. Kollege Mannes, das ist sehr gut angelegtes Geld, weil es nämlich zu gleichwertigen Lebensverhältnissen, dem Kernanliegen der FREIEN WÄHLER, beiträgt, weil es dazu beiträgt, dass die Menschen gern in den Dörfern, in den Regionen leben, weil es dazu beiträgt, dass ehrenamtliches Engagement gefördert wird. Die Projekte – es gibt da viele Fraktionsinitiativen, die das auch unterstützen und unterstreichen – werden vor Ort wunderbar angenommen, wunderbar unterstützt. Ein Kernbereich, ein Herzstück dieses Haushalts, der unsere Zustimmung verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kollegin Mia Goller. Bitte, Sie haben das Wort.

**Mia Goller (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Damen und Herren! Es freut mich natürlich, dass der Herr Pohl, mein Vorredner, jetzt einmal über die Zukunft der Landwirtschaft geredet hat und darüber, wie wichtig diese ist. Es freut mich auch sehr, dass hier jeder einen großen Dank an die Landwirte und Landwirtinnen gerichtet hat. Dem schließen wir GRÜNE uns natürlich ganz herzlich an.

Hier wird immer einmal wieder über die Landwirtschaft diskutiert. Ich bin erst heute wieder von einem Kollegen gefragt worden: Was haben die Landwirte eigentlich die ganze Zeit? Was ist denn da los?

Dazu kann ich sagen: Wir – wir hier herinnen – können dieses Gefühl, das die Landwirte und Landwirtinnen haben, glaube ich, am besten verstehen. Denken wir einmal an die Wahlen, wenn man nicht genau weiß, wie es morgen weiter geht, bin ich drin, spiele ich überhaupt noch mit, was wird aus mir? Dieses Gefühl

der Existenzgefährdung in der Wahlnacht haben die Landwirtinnen und Landwirte in Bayern tagein tagaus. Für die Landwirtinnen und Landwirte ist es eine ewige Wahlnacht. Wir hier im Parlament müssen da bessere Lösungen finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir bayerischen GRÜNEN hier im Landtag sind mit dem Haushalt natürlich nicht zufrieden. Genau deshalb haben wir konkrete Änderungsanträge gestellt. Wir wollen mehr Geld für das BioRegio-Programm, weil 30 % Ökolandbau Landwirtschaft, Verarbeitung und Handel unabhängiger machen. Wir wollen keine Kürzungen im KULAP, weil Umwelt-, Klima- und Artenschutz nicht irgendein Zusatz, sondern die Grundlagen einer zukunftsfähigen Landwirtschaft sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen die ländliche Entwicklung stärken, weil unsere Lebensgrundlagen bei uns vor Ort auf dem Land gestaltet werden. Wir wollen auch mehr Geld für das Schulprogramm, weil gesunde Ernährung für Kinder einfach nicht zusammengestrichen werden darf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn wir ehrlich sind, dann geht es bei diesem Haushalt um mehr als um Zahlen. Es geht um Vertrauen und um die Frage, ob die Landwirtschaft in Bayern wirklich eine gute Perspektive hat.

Schauen wir einmal aufs Tierwohl. Das Programm BayProTier ist überzeichnet. Das zeigt, der Wille ist da. Die Höfe wollen mitgehen, sie wollen umbauen, sie wollen mehr Tierwohl. Sie brauchen dafür Verlässlichkeit. Jetzt wäre es natürlich gut, wenn die Bundesmittel für die Länder, die uns Alois Rainer versprochen hat, kämen. Der grüne Minister Cem Özdemir hat damals ein gutes Programm gestaltet, das den Schweinehaltern wirklich etwas bringt. Der schwarze Minister hat es ersatzlos gestrichen. Was ist alles geschimpft worden, dass bloß eine Milliarde Euro im Topf ist, obwohl die Borchert-Kommission eigentlich vier Milliarden Euro empfohlen hatte. Das Geld aus dieser Milliardenförderung, das eigentlich bei den Ländern landen sollte, findet sich aber nirgends. Dieses Geld ist für die Landwirte einfach weg. Für Betriebe, die investieren wollen – und von ihnen gibt es auch bei mir in der Region viele – ist das eine Existenzfrage. Schauen wir auf ganz Bayern. Es gibt den Zukunftsvertrag Landwirtschaft. Im Wahlkampf ist dieser groß angekündigt worden. Im Haushalt finden wir jetzt nach großen Mühen in den Haushaltsdebatten, wie ich in den Protokollen nachgelesen habe, 35 Millionen Euro für zwei Jahre. Ich erinnere: Es waren 120 Millionen Euro pro Jahr versprochen.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Genau!)

Meine Damen und Herren, das passt einfach nicht zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer Verträge schließt, muss sie auch einhalten. Alles andere schafft eine Unsicherheit, die unsere Landwirtinnen und Landwirte nicht brauchen können. Meine Damen und Herren, es braucht jetzt vor allem drei Dinge:

Erstens braucht es Planungssicherheit. Wer investiert, muss sich auf Programme verlassen können. Gute Förderprogramme wie die KULAP-Maßnahme K33 für den Humusaufbau und die Holzbauförderung dürfen nicht zusammengestrichen werden.

Zweitens braucht es eine faire Bezahlung der Leistung. Wir alle profitieren vom Tierwohl, vom Klimaschutz und von der Artenvielfalt. Diese Dinge müssen gut bezahlt werden. Die bayerischen Bäuerinnen und Bauern sind Partner im Umwelt- und Naturschutz. Wenn sie aber wie in den vergangenen Monaten um Aufträge bangen müssen, zum Beispiel um jene mit dem Landschaftspflegeverband, dann läuft etwas grundlegend falsch.

Drittens brauchen wir weniger Abhängigkeit. Unsere Landwirtschaft hängt noch immer viel zu stark von fossiler Energie, importierten Düngern und globalen Preisschocks ab. Das macht unsere Betriebe verwundbar. Wir müssen raus aus diesen Abhängigkeiten und hin zu einer Landwirtschaft, die auf eigenen Beinen stehen kann. Dazu gehören der Ausbau erneuerbarer Energien und ein klares und verlässliches Konzept für Biogas und Biodiesel. Wir brauchen Freiheitsenergien für alle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Ende geht es um eine einfache Frage: Haben wir für die Landwirtschaft einen klaren Plan? Haben wir einen Plan, wie die Landwirtschaft in zwanzig Jahren aussehen soll? Arbeiten wir alle darauf hin? Oder verwalten wir einfach nur eine Krise nach der anderen?

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Ich möchte, dass es einen guten Plan gibt, dass es für unsere Landwirtinnen und Landwirte gute Perspektiven gibt. Ich will, dass sie keine schlaflosen Nächte mehr haben. Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Die nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion. – Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Ruth Müller (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was gab es denn heute bei Ihnen zum Frühstück? Brot, Müsli, Käse, Obst?

(Zurufe: Gar nichts!)

– Gar nichts? – Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass Sie Ihr Essen aus Bayern gekommen ist – von unseren Landwirten produziert, auf unseren Felder gewachsen und geerntet. Danke dafür an unsere Bäuerinnen und Bauern.

(Beifall bei der SPD)

Der Landwirtschaftshaushalt ist derjenige, der die Menschen am direktesten betrifft. Es geht um unser Essen. Es geht um unsere Felder, um unsere Wälder, um unsere Dörfer und um unsere regionale Wertschöpfung. Es geht auch um die Frage, wie wir das alles bewahren, schützen und für die Zukunft gestalten wollen. Landwirtschaft ist mehr als Produktion. Landwirtschaft schafft Heimat, hält Regionen lebendig und versorgt die Menschen mit guten Lebensmitteln. Genau deshalb reden wir als SPD von "gesunder Landwirtschaft".

"Gesund" heißt: wirtschaftlich tragfähig für die Betriebe. Das heißt: ökologisch verantwortungsvoll für kommende Generationen. Das heißt auch: sozial gerecht für alle, die in der Land- und Ernährungswirtschaft arbeiten. Genau daran scheitert dieser Haushalt. Viele landwirtschaftliche Betriebe straucheln. Die Kosten für Energie, Maschinen, Dünger und Betriebsmittel sind und bleiben hoch. Gleichzeitig sinken in vielen Bereichen die Erzeugerpreise. Molkereien und Supermarktketten

diktieren die Preise. Was die Verbraucherinnen und Verbraucher im Supermarkt zusätzlich zahlen müssen, kommt auf den Höfen oft nicht an.

Ich erinnere nur an die desolate Situation der bayerischen Milchbauern. Ich habe die Bayerische Staatsregierung in der letzten Woche genau dazu befragt, wie es denn sein kann, dass Verbraucherinnen und Verbraucher hohe Preise zahlen, während die Erzeugerpreise sinken und viele Betriebe kaum profitieren. Die Antwort aus dem Ministerium war enttäuschend, aber nicht überraschend: Der Markt werde das schon regeln. Wer das immer noch sagt, verkennt die Realität der Familienbetriebe – vor allem aber lässt er unsere Landwirtinnen und Landwirte im Stich. Wir sagen ganz klar: Bayern braucht faire Märkte statt Ideologie. Bayern braucht Wertschöpfung statt eines Wegschauens. Bayern braucht Versorgungssicherheit statt Vertröstung.

(Beifall bei der SPD)

Darum haben wir als SPD konkrete Vorschläge vorgelegt: Erstens. Die Erzeuger sollen gestärkt werden und die regionale Wertschöpfung ausgebaut werden. Wir wollen die Direktvermarktung und regionale Vermarktungsstrukturen stärken. Dafür haben wir zusätzliche Mittel beantragt, damit die regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung besser vernetzt werden. Wenn mehr vom Verkaufspreis in der Region bleibt, profitieren die Landwirte, das Handwerk und die Verbraucherinnen und Verbraucher gleichermaßen. Vorgestern hat sich die Staatsregierung dafür feiern lassen, dass ihr Programm zur Stallerneuerung schon jetzt fast überzeichnet ist. Mit anderen Worten: Was Sie machen, reicht nicht.

Zweitens. Regionale Energie ist die beste Antwort auf globale Erpressung. Das gilt sowohl für die Frage der Lebensmittelpreise als auch für die Energie. Wer von Unabhängigkeit spricht, muss den Höfen helfen, ihre Energie selbst zu erzeugen. Biogas, Photovoltaik auf Stalldächern, Agri-PV, Speicherlösungen und effiziente Wärmenetze sind keine Nebensache, sondern Zukunftspolitik. "Gesunde Landwirtschaft" heißt auch: Energie vom eigenen Dach, vom eigenen Stall, statt Abhängigkeit vom Weltmarkt.

Drittens. Die Klimaresilienz muss gesichert werden. Trockenheit, Starkregen und Hitze sind längst Realität. Deshalb fordern wir ein eigenes Programm für Klimaanpassung und Resilienz in der Landwirtschaft, eine wassersparende Bewässerung, klimaangepasste Anbausysteme und den Schutz unserer Böden. Egal, ob Hopfen- oder Weinbau, unsere Sonderkulturen leiden unter den Klimaveränderungen. Wer heute nicht investiert, riskiert den Verlust ganzer Wirtschaftszweige und landschaftsprägender Kultur.

Viertens. Wir müssen Forschung und Innovation voranbringen. Wir wollen mehr Agrarforschung, mehr Praxisnähe und eine gezielte Forschung zum Einsatz künstlicher Intelligenz in der Landwirtschaft. Moderne Technik kann helfen, Dünger gezielter einzusetzen, den Pestizideinsatz zu reduzieren, die Tiergesundheit zu verbessern und Arbeitskräfte zu entlasten. Fortschritt und Nachhaltigkeit sind kein Gegensatz.

Fünftens. Eine gesunde Landwirtschaft in Bayern produziert gesundes Essen, das auf kurzen Wegen zu unseren Schulen, Kitas und Krankenhäusern kommen muss. Gesunde Ernährung in Kitas und Schulen stärkt unsere Landwirtschaft. Deswegen wollen wir auch eine Ausweitung des Schulfruchtprogramms.

(Beifall bei der SPD)

So verbinden wir Landwirtschaft mit Sozialpolitik und Bildungspolitik mit Nachhaltigkeit.

Sechstens. Wir müssen unsere Wälder schützen. Der Wald leidet massiv unter dem Klimawandel, Trockenheit und Schädlingsdruck. Deshalb fordern wir mehr Personal für die Forstverwaltungen sowie bessere Unterstützung für Kommunen und private Waldbesitzer beim Waldumbau.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Meußgeier (AfD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPD steht für eine Politik mit Haltung – das passt sogar in die drei Buchstaben, die ich für die Landwirtschaftspolitik ausbuchstabieren möchte. "S" für sozial und sicher, weil Höfe Planungssicherheit brauchen und gutes Essen für alle bezahlbar bleiben muss. "P" für progressiv und praktisch, weil wir Innovationen fördern statt Probleme zu verwalten. "D" für demokratisch und dauerhaft, weil nachhaltige Landwirtschaft nicht für einen Wahlkampf, sondern für Generationen gemacht wird.

Dieser Haushalt bleibt hinter unseren Ansprüchen zurück. Er verwaltet den Status quo, statt Zukunft zu gestalten. Er reagiert zu spät auf die Energiekrise, die Klimakrise und den Preisdruck. Er lässt Chancen liegen, die Bayern dringend nutzen müsste. Wir wollen eine Landwirtschaftspolitik, die Leistung anerkennt, Umwelt schützt, Regionen stärkt und den Menschen dient. – Kurz gesagt: Wir wollen eine gesunde Landwirtschaft für ein starkes und gesundes Bayern.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Die nächste Rednerin ist die Kollegin Petra Högl für die CSU-Fraktion. – Sie haben das Wort.

**Petra Högl (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Michaela, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was wären wir ohne unsere starke Landwirtschaft? Was wären wir ohne unseren starken Tourismus? Was wären wir ohne unsere starken Forstwirtinnen und Forstwirte? Unsere Bäuerinnen und Bauern, unsere Forstwirtinnen und Forstwirte und unsere Touristiker schaffen die Grundlage für unser Leben. Sie tun das in vielen Bereichen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erstens schaffen sie dies bei der Ernährungssicherung der Bevölkerung. Gerade in den letzten Jahren haben wir gemerkt, wie wichtig es ist, dass wir eine funktionierende regionale Landwirtschaft haben. Wenn die Importströme auf einmal nicht funktionieren, dann ist es wichtig, dass wir hier in Bayern produzieren, und genau deshalb ist Versorgungssicherheit der wichtige Grund für unser Land, dass wir die Landwirtschaft hier haben.

Zweitens schaffen sie es auch bei der Energieproduktion und beim Klimaschutz. Die Landwirtschaft leistet einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende und zur Anpassung beim Klimawandel, wie Mia Goller ausgeführt hat: Biogas, Biomasse – das sind doch bayerische Stärken. Die haben wir jetzt schon, und die wollen wir auch weiterhin ausbauen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Drittens schafft die Land- und Forstwirtschaft auch Artenvielfalt und pflegt unsere Kulturlandschaft, wie wir sie kennen und schätzen. Für all dies möchte ich ein herzliches "Vergelts Gott" an unsere Bäuerinnen und Bauern, an unsere Forstwirtinnen und Forstwirte sagen, die jeden Tag anpacken, die unsere Heimat so liebenswert und lebenswert machen und ein so wichtiger Stabilitätsfaktor des ländlichen Raums sind.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, viele landwirtschaftliche Betriebe kämpfen derzeit mit steigenden Kosten: Die Preise für Diesel, Dünger, Energie und sonstige Betriebsmittel sind gestiegen. Umso wichtiger ist es, dass dieser bayerische Agrarhaushalt in Höhe von gut 1,9 Milliarden Euro ein kraftvolles Signal der Verlässlichkeit in Richtung der Bauernschaft sendet. Ich möchte es hier an drei Beispielen deutlich machen:

Erstens das KULAP. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auch in diesem Jahr wieder auf dem Kulturlandschaftsprogramm. Das KULAP ist ein Herzstück unserer bayerischen Agrarpolitik. Jeder zweite Landwirt in Bayern beteiligt sich am KULAP, und jeder dritte Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche ist im KULAP einbezogen. Somit honorieren wir ganz konkret die Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt, für Artenvielfalt und für den Erhalt unserer Kulturlandschaft. Mit rund 320 Millionen Euro ist das KULAP auch in diesem Haushalt sehr gut ausgestattet. Frau Goller, es gibt hier keine Kürzung, wie Sie gesagt haben. Das KULAP ist sehr gut ausgestattet.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer wichtiger Baustein ist und bleibt die einzelbetriebliche Investitionsförderung. Mit knapp 79 Millionen Euro können wir unsere landwirtschaftlichen Betriebe wieder bestmöglich unterstützen, und somit können tierhaltende Betriebe in moderne Ställe mit mehr Tierwohl und effizienter Technik investieren; denn die Tierhaltung bleibt auch weiterhin ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Bayern.

Lassen Sie mich auch kurz auf einige Punkte eingehen, bei denen wir konkret Akzente setzen wollen, etwa beim digitalen Sauenplaner. Der ist für unsere Sauenhalter sehr wichtig. Sie stehen vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen, und gerade deshalb brauchen sie eine verlässliche Unterstützung unsererseits. Ganz konkret fördern wir die Entwicklung und Einführung eines digitalen Sauenplaners durch das LKV Bayern. Dabei handelt es sich um eine moderne Software bzw. um eine App. Mit ihr lassen sich die Abläufe im Sauenstand digital organisieren und überwachen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Bildungs- und Forschungsstall in Kitzingen. Der Kollege Stieglitz hat es schon ausgeführt. Mit diesem Projekt wird gezielt in eine zeitgemäße Geflügelhaltung mit mehr Tierwohl und in eine hochwertige Aus- und Fortbildung für die Landwirtschaft investiert. Noch in diesem Jahr soll der Neubau gestartet werden. Wir brauchen diesen Bildungs- und Forschungsstall in Kitzingen unbedingt.

(Beifall bei der CSU)

Kollegin Ruth Müller, wir investieren in die Forschung, zum Beispiel in das Agrarzentrum in Weihenstephan, in das Forschungszentrum für Landwirtschaft in Trockenanlagen in Schwarzenau und auch in diesen Forschungsstall in Kitzingen. Es ist nicht so, dass wir nicht in die Wissenschaft investieren.

Als weiteren Baustein möchte ich die soziale Betriebshilfe ansprechen. Fällt ein Betriebsleiter oder eine mithelfende Familienkraft wegen Krankheit plötzlich aus, dann muss schnelle Hilfe gewährleistet sein, und da sind wir froh, dass wir qualifizierte Dorfhelferinnen und Betriebshelferinnen haben, die den bäuerlichen Familienbetrieben zur Seite stehen. Sie helfen den Bauern und Bäuerinnen, indem sie diese Extremsituationen erleichtern.

Als wichtigen Punkt möchte ich noch das Projekt "Landfrauen machen Schule" ansprechen – ein Projekt, das mir besonders am Herzen liegt. Hier vermitteln Landfrauen Kindern und Jugendlichen an Grund- und Förderschulen die Herkunft

von Lebensmitteln, oder sie vermitteln auch die Zusammenhänge zwischen Landwirtschaft, Natur und gesunder Ernährung. Das ist ein sehr wichtiges, vorbildliches Konzept.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, jeder einzelne Euro, der im Agrarhaushalt vorgesehen ist, ist bestens angelegtes Geld. Diese Mittel sichern zentrale Zukunftsausgaben. Wer dem Haushalt nicht zustimmt, stellt sich ganz klar gegen die bayerische Landwirtschaft. Zudem stärken wir gezielt die ländlichen Regionen, vor allem dort, wo zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern hervorragende Lösungen im ländlichen Raum entwickelt werden, etwa im Rahmen der Dorferneuerung. Auch forcieren wir die weitere Umsetzung der bayerischen Waldumbauoffensive, um unsere Wälder für die nachfolgenden Generationen klimastabil aufzubauen. Zudem unterstützen und fördern wir natürlich den Tourismus; denn der Tourismus trägt sehr bedeutend zur Wirtschaftskraft Bayerns bei. Wir wollen die Attraktivität Bayerns weiterhin stärken.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Haushalt setzen wir erneut ein klares Zeichen, dass wir in Bayern auch in schwierigen Zeiten ein verlässlicher Partner für die Bäuerinnen und Bauern, für die Forstwirtinnen und Forstwirte und für alle Akteure beim Tourismus und in der ländlichen Entwicklung sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Michaela Kaniber, daher setzen wir in Bayern auf verlässliche Rahmenbedingungen und einen fairen Umgang miteinander, geprägt von gegenseitiger Wertschätzung. Ich danke herzlich meinem Landtagskollegen Werner Stieglitz, den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Landwirtschaftsministeriums für die Ausarbeitung des Haushalts, und natürlich gilt mein Dank auch allen Kolleginnen und Kollegen des Landwirtschaftsausschusses.

Zuletzt aber gilt mein großer Dank unserer Landwirtschaftsministerin. Sie ist jetzt Vorsitzende der deutschen Agrarministerkonferenz. Liebe Michaela, du bist eine hervorragende Interessenvertreterin der bayerischen Landwirtschaft. Wir sind froh, dass wir dich haben. Vielen herzlichen Dank, und ich bitte um Zustimmung zum Haushalt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Frau Kollegin, für eine Zwischenbemerkung hat der Kollege Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion das Wort.

**Franz Bergmüller (AfD):** Liebe Petra, ich schätze dich sehr als Landwirtin. Du bist eine, die weiß, wovon sie redet. Ich habe drei konkrete Fragen. Du bist vorher auf die Betriebshilfe eingegangen. Die war sehr umstritten. Der Maschinenring Rosenheim ist mit dem Hinweis an mich herangetreten, dass die Gelder ausgehen. Wie stehst du dazu? Siehst du die Gelder als ausreichend an? Diese Klagen oder diese Hilferufe werden an dich auch herangetragen worden sein.

Dann bist du auf die Schweineställe eingegangen. Wir haben einen ausgesiedelten Schweinestall, dessen Landwirt sagt: Wenn die Veranda Vorschrift wird – und das ist im Gange bzw. es ist schon so weit –, dann hören wieder viele Schweinebauern auf, weil sie diese Investitionen nicht mehr machen. Wie stehst du dazu?

Die letzte Frage: Wie stehst du dazu – das ist immer noch offen –, dass die Bio-Landwirte, wenn sie nicht unmittelbar den Weidegang sicherstellen können – wenn es also bloß über die Straße geht –, dann nicht mehr mit den Vorschriften

konform sind und letztendlich zur Aufgabe gezwungen werden? Wie stehst du als Fachpolitikerin dazu?

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Bitte, Frau Kollegin.

**Petra Högl (CSU):** Zum Ersten. Zu der Betriebshilfe möchte ich sagen, dass die Klagen natürlich auch an uns herangetragen worden sind. Wir haben mit der Fraktionsinitiative – diese wird seitens der GRÜNEN dahin gehend bekräftelt, dass wir das Geld in unsere eigene Tasche nähmen oder wir das so verwurstelten – Geld zur Verfügung gestellt, um diese Betriebe weiterhin zu unterstützen, sodass mehr Betriebsstunden draußen geleistet werden. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei sind die Schweineställe. Ja, die Schweinemäster und Sauenhalter stehen unter Druck. Da würden wir auf Bundesebene dafür plädieren, dass die TA Luft erleichtert wird, damit gerade die Besitzer der Ställe mit Freilauf die Genehmigung erhalten, dass sie weitermachen können.

Was war noch einmal der dritte Punkt? Sag es bitte noch einmal, Franz.

(Franz Bergmüller (AfD): Die Bio-Anbindehaltung!)

– Gut, auf europäischer Ebene wurde von Stefan Köhler und von Christine Singer eine Initiative zur Weidepflicht bei Bio-Betrieben ergriffen, um für die Betriebe doch noch eine Lösung zu finden; aber derzeit muss die Weidepflicht mit einer zweijährigen Übergangsfrist umgesetzt werden, und –

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Kommen Sie bitte zum Ende.

**Petra Högl (CSU):** – vielleicht tut sich auf EU-Ebene noch etwas.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Ralf Stadler.

(Beifall bei der AfD)

Bitte, Sie haben das Wort.

**Ralf Stadler (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Diese Haushaltswoche erweckt den Eindruck, dass zwar Mittel vorhanden sind, doch statt einer zielführenden Verteilung auf sämtlichen Hochzeiten gleichzeitig getanzt wird. Allein für Landwirtschaft, Forsten und Tourismus stehen 1,9 Milliarden Euro auf dem Plan. Das ist ein Haufen Schotter, wenn man bedenkt, dass für das Digitalministerium davon nur circa 6,26 % zur Verfügung stehen. Doch damit das Geld dort ankommt, wo es auch wirklich gebraucht wird, wollen wir von der AfD weg von realitätsfremden Konzepten hin zu echter und zielführender Hilfe für unsere Bauern und den ländlichen Raum.

Nehmen wir die Digitalisierung. Wir fordern mehr Geld für IT-Sicherheit und Software. Das machen wir aber nicht, um Sie, liebe Kollegen, hier im Saal mit unseren Anträgen zu ärgern, sondern weil ein Hof heutzutage ohne funktionierende IT überhaupt nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Wer hier rumknausert, verbaut unseren Betrieben die Zukunft. Machen wir uns doch nichts vor: Mit den gerade einmal 119 Millionen Euro von Herrn Mehrings Digitalministerium bekommt man in Bayern nicht einmal die flächendeckende Netzabdeckung hin, geschweige denn eine digitale Revolution.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen die einzelbetriebliche Förderung stärken, aber mit Verstand. Investitionen müssen sich wirtschaftlich rentieren. Unsere Landwirte ersticken in Kosten, Preisdruck und immer neuen Auflagen. Immer mehr Bauern können notwendige Modernisierung gar nicht mehr aus eigener Kraft stemmen. Wer regionale Lebensmittel möchte, muss die Betriebe stärken. An dieser Stelle helfen keine Essensvideos oder schöne Sonntagsreden. Es braucht handfeste Unterstützung.

Ein besonders wichtiger Punkt ist die Betriebshilfe. Wenn ein Landwirt krank wird oder in der Familie ein Notfall besteht, darf der Hof nicht stillstehen. An dieser Stelle braucht es keine App, sondern Menschen, gut ausgebildete Betriebshelfer, die zupacken. Das ist konkrete Hilfe vor Ort, für die der Staat eigentlich da sein muss.

Beim Thema Bildung brauchen wir echten Praxisbezug statt ideologischer Kurskorrekturen. Deshalb fordern wir, Projekte wie "Landfrauen machen Schule" massiv auszubauen. Unsere Kinder müssen von Praktikern, Menschen mit echtem Stallgeruch, lernen, wie gelebte Landwirtschaft heute funktioniert. Dazu gehört auch ein ehrliches Verständnis dafür, dass die Nutztierhaltung ein elementarer Teil unserer Lebensmittelerzeugung ist. Kurzum: Wir brauchen eine Rückkehr zur Realität auf dem Teller, anstatt unsere Schüler mit lebensfremden Theorien zu verunsichern, die unsere Landwirtschaft völlig entfremdet darstellen.

Doch wie finanzieren wir das? – Durch überlegtes und zielgerichtetes Umschichten statt neuer Schulden. Wir sagen: Kürzen wir dort, wo Steuergeld für politische Botschaften missbraucht wird – wie beim Nawareum. Staatliche Einrichtungen haben neutral zu sein. Nutzen wir stattdessen lieber Mittel aus der sogenannten Fraktionsreserve. Holen wir das Geld aus diesen Wunschtöpfen und bringen es dorthin, wo es gebraucht wird – zu unseren Bauern und Familien. Liebe Volksvertreter, dieser Haushalt muss doch ein Wir-haben-es-kapiert-Signal senden – Vernunft statt Ideologie, Leistungsträger statt Lobbyprojekte, echte Landwirtschaft statt billiger Symbolpolitik. Genau dafür stehen unsere Anträge.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Abgeordneter, für eine Zwischenbemerkung hat der Abgeordnete Sebastian Friesinger von der CSU-Fraktion das Wort.

**Sebastian Friesinger (CSU):** Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Ministerin! Lieber Kollege Stadler, ich kann es so nicht stehen lassen, dass Dorfhelferinnen und Dorfhelfer sowie Betriebshelferinnen und Betriebshelfer infrage gestellt werden. Sie leisten in unserem Land eine hervorragende Arbeit. Sie sind draußen aktiv und unterstützen. Natürlich müssen wir dafür Mittel zur Verfügung stellen. Diese sind momentan da. Das andere haben wir mit der Fraktionsinitiative – das habe ich schon dreimal gesagt – noch ein bisschen einzeln steuern können. Im Rahmen der Haushaltsrede zu sagen, dass es nicht umfänglich sei, lasse ich so nicht stehen. Genau dieser Berufsgruppe draußen möchte ich eine große Anerkennung und ein "Vergelts Gott!" aussprechen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Bitte, Herr Abgeordneter Stadler.

**Ralf Stadler (AfD):** Herr Kollege Friesinger, da kann ich Sie beruhigen. Ich habe das sogar gelobt. Ich habe das Projekt "Landfrauen machen Schule" genannt. Ich habe die Leute gelobt. Ich möchte, dass diese Mittel extra aufgestockt werden. Wir wollen sie sauber umschichten. An dieser Stelle kann man noch Mittel hinein-

geben. Das gehört besonders gefördert. Ich habe keine Ahnung, wie Sie darauf kommen, wirklich nicht.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Nächste Rednerin ist Kollegin Ulrike Müller für die FREIEN WÄHLER. Bitte, Sie haben das Wort.

**Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, Frau Staatsministerin! Wenn wir heute über den Einzelplan 08 sprechen, sprechen wir nicht nur über Agrarpolitik. Wir sprechen über Wertschöpfung, über Ernährungssicherheit, über Ressourcenschutz und über die Zukunft des ländlichen Raumes insgesamt. Ich sage das heute sowohl als agrarpolitische Sprecherin als auch als praktizierende Landwirtin. Der Einzelplan 08 steht im Spannungsfeld zwischen Konsolidierung und Stabilität. Das Ausgabevolumen von 2026 liegt bei 1,89 Milliarden Euro und bleibt im Jahr 2027 etwa gleich. Gleichzeitig leisten wir aber auch Konsolidierungsbeiträge. Entscheidend aber ist, die tragenden Säulen der Agrarförderung bleiben erhalten. Das ist zentral; denn Agrarpolitik wirkt nicht kurzfristig, sondern in Produktzyklen, Investitionszyklen und generationenübergreifend.

Der Kern dieses Haushalts ist die Stabilität der Förderinstrumente. Wir sichern das Kulturlandschaftsprogramm, die Ausgleichszulage für die benachteiligten Gebiete und die einzelbetriebliche Investitionsförderung. Diese Instrumente erfüllen klare Funktionen. Umwelleistungen werden honoriert, Bewirtschaftung in schwierigen Regionen wird gesichert, und Zukunftsbetriebe werden in ihren Entwicklungen gestärkt. Wir sprechen nicht über pauschale Subventionen, sondern über gezielte Steuerungsinstrumente innerhalb der Agrarpolitik. Ja, landwirtschaftliche Einkommen sind volatil. Sie hängen ab von Weltmärkten, von Witterung und von politischen Rahmenbedingungen. Deshalb ist es richtig, Instrumente wie die Mehrgefahrenversicherung weiterzuführen. Aber wir müssen auch klar sagen: Risikomanagement kann Verluste abfedern, es ersetzt aber kein stabiles Einkommen. Deshalb bleibt die Stärkung der Wertschöpfungskette eine zentrale Aufgabe.

Die Weiterentwicklung der Tierhaltung ist ein sensibles und entscheidendes Thema. Wir investieren in Tierwohl, in Tiergesundheit und in Qualität. Doch die Transformation gelingt nur, wenn drei Punkte zusammenkommen: Investitionssicherheit, Finanzierung höherer Standards und marktliche Refinanzierung, sprich höhere Preise für die Produkte. Fehlt einer dieser Faktoren, wird der Strukturwandel nicht gestaltet, sondern beschleunigt. Die Anforderungen an Klima- und Umweltschutz steigen zu Recht. Programme wie Biodiversität, Moorschutz oder ökologischer Landbau sind notwendig. Entscheidend ist: Die Maßnahmen müssen in die betriebliche Praxis integrierbar sein – Fruchtfolgen, Nährstoffmanagement und Arbeitsabläufe. Nur dann entstehen tragfähige Lösungen und keine kurzfristigen Anpassungen mit langfristigen Problemen.

Agrarpolitik ist immer Strukturpolitik. Deshalb brauchen wir Mittel für Dorferneuerung, Flurentwicklung, LEADER und für den Tourismus mit dem Blauen Gockel. Das sind alles keine Nebenthemen. Sie sind Grundlage funktionierender Agrarstrukturen; denn Betriebe brauchen Infrastruktur, Fachkräfte und gesellschaftliche Akzeptanz. All das entsteht in den ländlichen Räumen.

Die Forstpolitik adressiert eine langfristige Aufgabe. Der Umbau unserer Wälder hin zu klimaresistenten Beständen ist ein Jahrhundertprojekt. Deshalb ist Kontinuität beim Waldumbau, bei der Wiederaufforstung und bei der Unterstützung forstlicher Zusammenschlüsse entscheidend.

Dieser Haushalt steht für Konsolidierung, Priorisierung und Stabilität. Er verzichtet bewusst auf kurzfristige Ausweitungen und setzt stattdessen auf verlässliche Strukturen. Genau das ist entscheidend; denn die größte Gefahr für die Landwirtschaft ist nicht der Mangel an Programmen, sondern die politische Unstetigkeit. Ich persönlich weiß, dass wir vor großen Herausforderungen für die Zukunft stehen. Es werden immer weniger Betriebe. Wir müssen auch in der Verwaltung überlegen, welche Stellen nach dem Ausscheiden der Babyboomer-Generation wiederbesetzt werden und wo wir KI und Digitalisierung einsetzen können. Das sage ich ganz bewusst vor dem Hintergrund der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik in Brüssel und auch der Haushaltsmittel, bei denen wir mit ungefähr 25 % Kürzungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen rechnen müssen. Das können wir in Bayern nicht ausgleichen.

Gute Agrarpolitik erkennt man nicht an der Anzahl einzelner Maßnahmen, sondern an einem stimmigen Gesamtkonzept. Daran wollen wir alle gemeinsam mitarbeiten. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollege Christian Zwanziger. Bitte, Sie haben das Wort.

**Christian Zwanziger (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Präsident! Jetzt haben wir viel über Landwirtschaft gehört. Tourismus ist auch Teil des Haushalts. Wir kommen zu einem Thema, das uns die letzten drei Tage öfter beschäftigt hat und das in diesem Haushalt steht: den Pandas.

Ich habe mich gefreut, als ich im Haushalt den Aufwuchs beim Tourismusetat gesehen habe und habe nachgefragt, weil ich verstehen wollte, wofür diese Gelder eingeplant sind. Wir alle haben ja den Auftrag, uns um die Haushaltsmittel ordentlich zu kümmern, damit nicht etwas passiert, was wir nicht wollen. Auf Nachfrage hieß es – es hat gedauert –, dass eine Fristverlängerung notwendig sei. Ich habe in der Zeitung gesehen: Markus Söder war in China und hat für Bayern Pandabären geklärt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Na ja!)

Einen Tag später bekomme ich die Antwort, die Aufwüchse seien für den Tierpark Hellabrunn und damit sei keine Verstärkung der originären Mittel verbunden,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Er hat wirtschaftliche Dinge geklärt! So fair muss man schon sein!)

das heißt, keinen Euro mehr für den Originalhaushaltstitel. 18 Millionen Euro für die Pandabären sind aber enthalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns allen würde doch eine bessere Verwendung dieser 18 Millionen Euro einfallen: für die Campingplätze, für den Radverkehr in Bayern, für vieles, vieles mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist aber nicht das Einzige. Wir haben auch eine Kongressinitiative – das hat die Frau Ministerin zu Beginn der Legislatur als eine große Sache auch zur Stärkung des ländlichen Raums ausgerufen. Ich erkenne an, dass bei den Förderrichtlinien nachgesteuert wurde. Es bleibt aber dabei, dass 2025 31 von 72 Konferenzen, die gefördert wurden, im S-Bahn-Bereich München stattfanden und dass 2026 4 von den 52 beantragten Konferenzen im ländlichen Raum sind. Die Hälfte der Konferenzen betreffen Pharmazie und Medizin.

Ich will die Konferenzen nicht schlechtreden. Wenn ich aber sehe, dass diese Bereiche mit 30 oder 38 Euro pro Kopf und Teilnehmer finanziert werden, frage ich mich doch: Sind das Mitnahmeeffekte? Können wir das Geld für den Tourismus nicht sinnvoller ausgeben, zum Beispiel – das haben wir beantragt – für E-Busse? Sie als Staatsregierung haben selber eine Studie in Auftrag gegeben, in der Ihnen ganz klar aufgezeigt wurde, dass wir eine verlässliche Ladestruktur für E-Busse brauchen. In Bayern haben wir top E-Bus-Hersteller. Warum machen wir das nicht? Sie haben den Antrag abgelehnt.

Wir könnten das Geld zum Beispiel für die Jugendherbergen ausgeben. Die Jugendherbergen haben betont, dass, wenn es blöd läuft, im ländlichen Raum Herbergen schließen müssen. 2024 haben 500.000 Menschen in 48 bayerischen Jugendherbergen Urlaub gemacht. Ich will, dass das gestärkt wird. Auch dafür gibt es von Ihnen nicht mehr Geld.

Von daher: Pandas sind das eine. Ich würde mich aber freuen, wenn wir endlich eine gute bayerische Tourismuspolitik machten. Ich würde mich freuen, wenn wir damit bei der neuen bayerischen Tourismusstrategie anfangen und zukünftig Etat-erhöhungen für den Tourismus in der Fläche beschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Für die Staatsregierung spricht jetzt Frau Staatsministerin Michaela Kaniber. Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

**Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus):** Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Doppelhaushalt 2026/2027 ist ein gutes Signal. Er ist ein gutes Signal für unsere Landwirtschaft, für unsere Forstwirtschaft, für den Tourismus, aber vor allem auch für unseren ländlichen Raum; denn dieser Haushalt zeichnet sich durch Anerkennung, durch Wertschätzung, aber vor allem durch Verlässlichkeit aus.

Rund 1,9 Milliarden Euro stehen im Einzelplan 08 zur Verfügung. Gerade die jetzigen schwierigen Zeiten, in denen wir ein international schwieriges Umfeld mit Kriegen, Handelskonflikten und zunehmendem, wachsendem Protektionismus vorfinden, machen es uns nicht einfacher. Deswegen ist es umso wichtiger, mutige Entscheidungen zu fassen und unsere Bürgerinnen und Bürger im Land mit Weitblick und Weitsicht tatsächlich zu unterstützen.

Deswegen darf ich mich an erster Stelle zunächst einmal bei unseren Berichterstattern bedanken, allen voran bei Werner Stieglitz, genauso natürlich auch bei unserem bayerischen Finanzminister, der wirklich sehr fair ist und für die Bauern ein Herz gezeigt hat, und natürlich auch bei unserem Ministerpräsidenten; denn dieser Haushalt wäre so nicht darstellbar gewesen, wenn er nicht in Berlin maßgeblich für Infrastrukturprogramme, aber auch für eine starke GAK gekämpft hätte. Vielen, vielen Dank an dieser Stelle.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Landwirtinnen und Landwirte haben tatsächlich die härteste Arbeit. Jeden Tag sind sie darauf ausgerichtet, dieses Bayernland zu gestalten – eine einzigartige Kulturlandschaft. Deswegen war es richtig und wichtig, die Förderprogramme aufrechtzuerhalten.

Reden wir über das KULAP. Zweimal im Doppelhaushalt 321 Millionen Euro. Das kann sich sehen lassen. Eine breite Palette für die Bauernschaft. Ich möchte an

dieser Stelle einmal sagen, weil über unsere bayerischen Bauern immer wieder negativ behaftet diskutiert wird: Jeder zweite Bauer in Bayern führt auf jedem dritten Hektar in Bayern Agrarumweltmaßnahmen durch und lebt diese. Das beweist: Es geht nur miteinander. Umwelt- und Naturschutz werden gelebt; aber genauso werden auch Lebensmittel produziert. Deswegen darf ich ein "Vergelts Gott!" an die bayerische Bauernschaft sagen, der die Gratwanderung immer wieder herausragend gelingt und die Bayern zu dem macht, was es ist. Vielen Dank an die bayerischen Bauern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kaum ein Branchenbereich hatte es in den letzten Jahren so schwer wie die Nutztierhaltung. Machen wir uns nichts vor: Zwei Drittel der Betriebe halten Nutztiere. Zwei Drittel des Umsatzes und auch der Erlöse stammen aus der Nutztierhaltung. Deswegen dürfen wir sie nicht verlieren.

Ich möchte ein gegenteiliges Bild zu Herrn Mannes vorhin zeichnen. Die Zahlen und die Faktenlage schreiben nämlich eine ganz andere Wahrheit. Täglich öffnet in Bayern ein Tierwohlstall seine Tore. Das dürfen Sie bitte nicht negieren. Ich weiß aber: Mit der Realität haben Sie es nicht immer wirklich so. Es beschämt einen schier, wenn die AfD jeden Tag, immer wieder versucht, alle Bereiche in Bayern schlechtzureden. Genau daran sieht man, wie schwierig es ist, mit Ihnen als die Rattenfänger, die Schwarzmalzer zusammenzuarbeiten.

(Widerspruch bei der AfD)

Das geht natürlich auf keinen Fall. – Es tut mir leid: Sie reden Bayern jeden Tag in brutalster Art und Weise nieder und schlecht und verherrlichen autokratische Staatsmänner. Das machen Sie sehr gerne.

Beim Punkt Tierwohl möchte ich sehr deutlich werden. Wir geben dafür ordentlich Geld aus, nämlich in den nächsten beiden Jahren zweimal knapp 80 Millionen Euro. Das ist quasi der investive Bereich. Wir achten natürlich auch darauf, dass Haltungsformen mit mehr Tierwohl gestaltet werden. Dafür haben wir unser Bay-ProTier. Liebe Kollegin Goller, es ist nicht so, dass wir hierfür zu wenig Geld haben. Wir haben keinen einzigen Antrag abgelehnt – das möchte ich ausdrücklich sagen. Wir versuchen auch hier, immer wieder ordentlich Geld auf die Straße zu bringen: 15,6 Millionen Euro für BayProTier. Für 200.000 Tiere gibt es hier auch eine Prämie.

Ich würde sagen, dass gerade hier die Politik ihre Hausaufgaben gemacht hat. Man muss den Lebensmitteleinzelhandel daran erinnern, nicht nur ständig die Haltungsstufen 3 und 4 einzufordern, sondern am Ende des Tages dafür auch gerne und bitte adäquat zu bezahlen.

(Beifall bei der CSU)

Ein großes Herzensanliegen sind und bleiben natürlich unsere kleinen Betriebe. Dafür haben wir sogar ein eigenes bayerisches Sonderprogramm geschrieben. Schwerpunkt werden wir auch hier die Tierwohlinvestitionen sein. Wir verdoppeln die Förderquote auf 250.000 Euro, weil wir einfach wollen, dass gerade unsere kleinen Betriebe auch in Zukunft eine Perspektive haben, damit wir sie nicht verlieren. Gerade die kleinen Betriebe sind nämlich dafür maßgeblich, dass wir in Bayern bei Vielfalt und Angebot so gut dastehen.

Der Freistaat Bayern geht natürlich auch als Vorbild voran. Werner Stieglitz hat das wunderbar angesprochen: Wir werden mit unseren eigenen Forschungsstellen natürlich genau die Orientierung geben, die die Bauernschaft braucht, nämlich

Vorbilder im Stallbau und beim Tierwohl. Deswegen bauen wir den Milchviehforschungsstall in Grub und genauso auch den Geflügelforschungsstall in Kitzingen.

Kollegin Müller hat es vorhin gesagt: Der Klimawandel trifft natürlich unsere Bauern ganz extrem. Wir haben als erstes Bundesland ein Instrument geschaffen, das zur Risikovorsorge dient. Wer seine Anbauflächen gegen Gefahren wie Hagel, Starkregen, Fraßschäden, Starkfrost und Trockenheit versichern möchte, kann einen Zuschuss von bis zu 50 % auf den Versicherungsbeitrag erhalten.

Wir haben im Jahr 2025 6.600 Landwirte im Vertrag gehabt und damit über 230.000 Hektar versichert. Ich kann Ihnen sagen, es wird jährlich mehr. Wir haben deshalb für dieses Jahr 21,5 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Das Verfahren ist einfach zu handhaben, es ist voll digitalisiert und vor allem unbürokratisch. Sie sehen, der Freistaat handelt verantwortungsvoll und bleibt damit ein verlässlicher Partner seiner Bauernschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch beim Waldumbau sind wir uns der Klimakrise absolut bewusst. Es geht darum, dass wir den Wald noch schneller umbauen; das haben wir auch dank unserer neuen Förderrichtlinie geschafft. Allein im letzten Jahr haben wir 12,5 Millionen Zukunftsbäume gepflanzt; das allein ist ein Plus von 25 %. Wir werden weiter auf diesen Erfolg aufbauen. In Summe werden wir knapp 91 Millionen Euro dafür ausgeben, weil es unsere Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer wert sind. Wir sehen natürlich auch hier die große Zukunftsvorsorge, weil der Waldumbau von ganz zentraler Bedeutung ist. Wir haben 700.000 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, die mit größtem Engagement voranschreiten.

Wir wollen aber natürlich auch den Lebensraum für unser Wild erhalten, und wir wollen Lebensadern und Erholungsraum für unsere Gesellschaft bewahren. Das Wichtigste ist aber, dass wir genau diese grüne Lunge Bayerns bewahren können – nicht für uns, nicht für diese Staatsregierung, sondern vor allem für unsere Kinder und Kindeskiner. Dass die AfD dafür kein Verständnis hat, verstehe ich, weil Sie den Klimawandel nicht sehen wollen.

Der wichtigste Teil ist tatsächlich auch der ländliche Raum. Für mich persönlich ist der ländliche Raum der Zukunftsraum schlechthin. Ich darf Ihnen sagen, die ländliche Entwicklung ist kein bloßes Förderprogramm, nein, sie ist wahrlich ein großes politisches Versprechen, dass nämlich gleichwertige Lebensverhältnisse in diesem Land keine leere Floskel bleiben. Wir wissen eben genau, dass die Menschen gerade im ländlichen Raum mit Herzblut für ihre Heimat, für ihre Dörfer stehen und diese genau entwickeln wollen. Genau für diese engagierten Bürgerinnen und Bürger gilt es, sie weiter zu unterstützen – bei der Dorferneuerung, bei der integrierten ländlichen Entwicklung, bei den Kleinprojekten aus den Regionalbudgets – und natürlich ganz besonders unsere Heimatunternehmer, die genauso wirklich visionär arbeiten und denken.

Die ländliche Entwicklung ist ein starkes Netz von tatkräftigen Menschen. Über 180 Millionen Euro stehen 2026 allein für die ländliche Entwicklung zur Verfügung. Mit LidA sind es letztlich 206 Millionen Euro; das ist deutschlandweit einmalig. Wir sind uns absolut bewusst, dass wir die Herausforderung in der Zukunft nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort lösen können.

Ich bin der festen Überzeugung, dass gerade die ländliche Entwicklung das schönste und das stärkste Zeichen der Demokratie ist. Sie zeigt jedem einzelnen Bürger, der seine Heimat mitentwickeln und mitgestalten will, dass sein Engagement zählt, dass seine Mitgestaltung wirkt und vor allem, dass seine Stimme gehört wird und

wir die Menschen im ländlichen Raum auf keinen Fall vergessen, sondern eben mit 206 Millionen Euro auch gerne unterstützen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Beim Tourismus ist mir ganz wichtig zu sagen: Er ist und bleibt eine Leitökonomie. Auch da dürfen wir Danke sagen für ein starkes Verhandeln, denn es wird natürlich auch beim Tourismus immer schwieriger, die Kostenbalance einigermaßen zu halten. Steigende Energiekosten, steigende Kosten beim Wareneinkauf, das gilt auch für die Lohnkosten. Deswegen war es ein Segen, Herr Ministerpräsident, dass Sie diese 7 % Mehrwertsteuer verhandelt haben. Keiner wollte es in den anderen Bundesländern, oder kaum einer. Viele Parteien haben es versprochen, aber einer hat es geliefert. Vielen Dank an dieser Stelle.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf natürlich auch den großen Dank an 550.000 Frauen und Männer in diesem Land aussprechen, die als Gastgeberinnen und Gastgeber jeden Tag aufstehen, hart arbeiten und genau diese bayerische Gastfreundschaft leben. Deswegen ist es für uns ganz zentral wichtig, dass wir gerade beim Tourismus weiter unterstützen. Da gehen wir auch ordentlich voran. Ich möchte es noch einmal an dieser Stelle sagen: Ob kommunale touristische Infrastruktureinrichtungen, ob Modernisierung der bestehenden Seilbahnen, ob Tourismusmarketing – überall wird natürlich auch mit Geld unterstützt.

Für mich ganz persönlich ist wichtig: Wir reden immer über die Metropolregionen. Es darf nicht sein, dass wir den ländlichen Raum vergessen. Deswegen war es wichtig, auch die Kongressinitiative mit 25 Millionen Euro zu zünden. Wir haben mittlerweile fast 100 Anträge vorliegen und auch schon Förderbescheide übergeben. Das heißt, wir eröffnen Chancen im ganzen Land, damit wir eben die engagierten Unternehmer und kreativen Köpfe stärken und motivieren können.

Bayern ist ein echtes Chancenland. Es ist die Pflicht der Staatsregierung und natürlich auch ihre Verantwortung, dass sie ihren Bürgern maximalen Rückenwind verleiht. Ich würde gerne alle bitten, dass man wirklich realistisch durchs Land geht. Wir haben eine extrem leistungsbereite Bevölkerung, großartige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und tolle, herausragende Unternehmer. Die leisten jeden Tag wirklich Großartiges. Ich finde, es kommt nicht von ungefähr, dass Bayern als Flächenland die höchste Lebenszufriedenheit hat. Sechs der zehn Regionen mit den besten Zukunftschancen liegen eindeutig bei uns. Das ist natürlich die harte Arbeit von 13,25 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, die jeden Tag mit Gemeinschaftssinn und höchstem Engagement kämpfen.

Dieser Haushalt ist ein tragfähiger Haushalt. Wir machen keine neuen Schulden. Wir zeigen Augenmaß. Vor allem nehmen wir die Menschen in unserem Land und unsere bäuerlichen Familienbetriebe mit, indem wir auch unsere charakteristischen, erfolgreichen Strukturen unterstützen. Wir sichern damit vor allem unsere Ernährungssouveränität.

Ich glaube, ich darf das auch in diesen schwierigen Zeiten sagen: Wir reden ständig über Verteidigung, wir reden über die äußere und innere Sicherheit, aber wir müssen auch über den zivilen Schutz reden. Zum Zivilschutz gehört eindeutig die Ernährungssouveränität. Wir brauchen eine starke Bundeswehr, wir brauchen eine starke Polizei, aber wir brauchen vor allem auch eine verdammt zuverlässige Landwirtschaft. Wir brauchen die Versorgung mit Lebensmitteln, vor allem für und weiteren Krisensituationen. Daher braucht es für eine starke Landwirtschaft einen noch stärkeren Haushalt. Deswegen bitte ich von Herzen um Ihre Zustimmung heute.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Frau Staatsministerin, mir liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Zunächst hat der Abgeordnete Gerd Mannes für die AfD-Fraktion das Wort.

**Gerd Mannes (AfD):** Frau Kaniber, Sie haben mich persönlich angesprochen. Wissen Sie, ich sage, was ist. Es ist einfach so: Viele Landwirte hören auf, die Zahlen lassen sich nicht wegdiskutieren. Ich sage Ihnen auch, warum: Viele haben die Schnauze voll. Entweder lohnt sich das aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr, oder die haben keine Lust mehr, die Auflagen zu befolgen.

Sie können mit jedem Milchbauern hier in Bayern reden: Jeder wird irgendwie einen Punkt haben, bei dem er sich beschwert, dass er gegängelt wird, zu viele Auflagen, zu viele Kontrollen. Bei den Schweinehaltern ist es noch viel schlimmer. Natürlich gibt es Leute, die investieren in neue Ställe, aber viele trauen sich auch nicht, weil das Vertrauen fehlt. Ich weiß nicht, wie Sie zu Ihrem Optimismus kommen. Wenn Sie hinausgehen, werden Sie sehen, dass die Kritik sehr groß ist. Dagegen können Sie als Politikerin doch etwas tun.

Sie haben mich auch als Rattenfänger bezeichnet. Ich weiß nicht, bei der letzten Wahl am 8. März hatte ich 25 %, in den Umfragen auch. Danke noch einmal an die Leute, die mich gewählt haben.

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Abgeordneter Mannes, Sie haben eine Minute für Ihre Zwischenbemerkung.

**Gerd Mannes (AfD):** Wollen Sie ernsthaft unsere Wähler als Ratten bezeichnen? Das wollte ich Sie jetzt einmal fragen.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Bitte, Frau Kollegin.

**Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus):** Nein, es ging mir um die Tatsache, wie Sie die Dinge in unserem Land beschreiben. Sie malen die Dinge so extrem schwarz, dass es auch nicht fair ist. Sie nennen zum Beispiel deutschlandweite Zahlen, reden aber hier im Bayerischen Landtag. Wenn Sie sich den Strukturwandel vor Augen halten, sind wir hier natürlich bei einer Konstante von ungefähr 1 %,

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

aber zur Wahrheit gehört doch auch, dass wir wahnsinnig viele Zukunftsbetriebe haben, die auch aktuell viel Geld investieren, um auch weiter gut bestehen zu können.

(Zuruf des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD))

Das ist Politik, dass man Rahmenbedingungen schafft, damit die Leute weitermachen können. Aber bei Ihnen ist immer alles maximal negativ. Deswegen lasse ich das nicht gelten. Ich komme jeden Tag auf Bayerns Höfe.

(Gerd Mannes (AfD): Nehmen Sie mich mit!)

– Nein, ich nehme Sie nicht mit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schauen Sie sich einmal wirklich innovative Betriebe an; dann reden wir vielleicht auch von einem realistischeren Bild.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Huber (AfD))

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke. – Für eine weitere Zwischenbemerkung hat der Kollege Christian Zwanziger für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Christian Zwanziger (GRÜNE):** Frau Ministerin, Sie haben die Kongressinitiative angesprochen. Ich habe es in meiner Rede schon gesagt: Ich kann anerkennen, dass bei den Förderrichtlinien schon einmal nachgesteuert wurde, weil das notwendig war. Ich stelle fest: Zumindest bei den Zahlen, die mir vom Ministerium vorliegen, sehe ich noch nicht so ganz, wie sich das in Richtung mehr ländlicher Raum und vielleicht auch in Richtung Kongresse gedreht hat, die wir nicht alle paar Jahre sowieso hier hätten.

Ich möchte es noch einmal sagen: Vier von 52 Anträgen betreffen den ländlichen Raum, die Hälfte Pharma und Medizin. Wenn man es pro Kopf, pro Teilnehmer herunterrechnet, reden wir von im Schnitt 38 Euro pro Konferenz mit Übernachtung. Wann werden Sie denn das Programm evaluieren? Wann ist mit Nachsteuerung zu rechnen, einerseits mit Blick auf den ländlichen Raum, andererseits mit Blick auf Mitnahmeeffekte, damit wir das Geld, das wir für den Tourismus ausgeben, auch wirklich gut ausgeben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Bitte, Frau Staatsministerin.

**Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus):** Wir haben ja sofort nachgesteuert, nachdem wir gemerkt haben, dass wieder nur die Metropolregionen davon profitieren. Bei allem Respekt für München, Nürnberg, Augsburg, gar keine Frage, war es uns tatsächlich wichtig, sofort die Rahmenbedingungen so anzupassen, dass es auch im ländlichen Raum stattfindet. Mittlerweile werden wirklich viele Kongresse auch in den ländlichen Räumen abgerufen und abgehalten. Wir werden uns das natürlich gerne noch mal genau anschauen, aber in Summe kann man das jetzt schon sagen.

Wie gesagt, haben wir über 100 Förderbescheide überreicht. Ich finde, das ist schon mal ein sehr schönes Zeichen, dass vor allem die Kongresse überhaupt wieder in Bayern stattfinden. Denn eines darf man nicht vergessen: Der klassische Kongressgast lässt noch mal deutlich mehr Geld bei uns und in der Wertschöpfung – ob im Handel, ob in der Gastronomie. Wir liegen hier tatsächlich bei knapp 264 Euro pro Tag und Gast. Deswegen werden wir die Initiative aufrechterhalten. Ich schaue sie mir gerne noch mal an, aber wie gesagt, laufen wir da aktuell mit 100 Förderbescheiden schon sehr stark.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen und wir kommen zu Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027, Einzelplan 08, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10463 mit 19/10509, 19/10629, 19/10714 und 19/10754 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/11373 zugrunde.

Der Einzelplan 08 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/11373 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich jetzt vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ebenfalls anzeigen! – Das sind die AfD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gibt es einzelne Stimmhaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage ...)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushaltes 2026/2027 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist offensichtlich das ganze Haus. Gibt es Gegenstimmen oder Stimmhaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/11373 weise ich darauf hin, dass auch die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10490 mit 19/10509, 19/10629, 19/10714 und 19/10754 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 08 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe jetzt die **Tagesordnungspunkte 17 bis 19** zur gemeinsamen Beratung auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der  
Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz  
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2026) (Drs. 19/9019)  
- Zweite Lesung -**

hierzu:

**Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn.  
19/10962 und 19/10963)  
Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs. 19/10964)**

und

**Haushaltsplan 2026/2027  
Einzelplan 13**

## Allgemeine Finanzverwaltung

hierzu:

**Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10939 mit 19/10953)**

**Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 19/10954 mit 19/10958 und 19/11217)**

**Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/10959 mit 19/10961)**

und

### **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2026 und 2027**

**(Haushaltsgesetz 2026/2027 - HG 2026/2027) (Drs. 19/9020)**

**- Zweite Lesung -**

hierzu:

**Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10965 mit 19/10970)**

**Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 19/10971, 19/10972 und 19/11218)**

**Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drs. 19/10973)**

**Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs. 19/10974)**

Einzelheiten zu sämtlichen Änderungsanträgen können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 111 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 34 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 21 Minuten, auf die AfD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 20 Minuten sowie auf die SPD-Fraktion 16 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass zu insgesamt fünf Änderungsanträgen namentliche Abstimmung beantragt wurde. Hierbei handelt es sich um die vier Änderungsanträge zum Einzelplan 13, konkret um die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 19/10949, 19/10952 und 19/10953 sowie um den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/11217. Außerdem hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Änderungsantrag zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2026/2027 auf Drucksache 19/10968 ebenfalls namentliche Abstimmung beantragt.

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Josef Zellmeier für die CSU-Fraktion. Bitte, Herr Kollege Zellmeier, Sie haben das Wort.

**Josef Zellmeier (CSU):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wenn wir jetzt den Einzelplan 13, FAG und Haushaltsgesetz beraten, ziehen wir heute die Schlussbilanz für drei Tage Haushaltsplenum und für drei Wochen Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss.

Natürlich möchte ich, wie jedes Jahr, meine Worte mit einem Dank an alle beginnen, die mitgewirkt haben, diesen Zukunftshaushalt aufzustellen. An erster Stelle sind das natürlich unser Staatsminister Albert Füracker, unser Staatssekretär Martin Schöffel, alle Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung, zuvorderst unser

Ministerpräsident Markus Söder, und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem des Finanzministeriums, aber auch aller Ministerien, die an der Erstellung dieses Doppelhaushaltes beteiligt waren.

Uns allen ist wichtig, dass wir sorgfältig mit Steuergeldern umgehen. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür bürgt diese Regierungskoalition, dafür bürgt die CSU, dass wir sorgfältig mit Geld umgehen. Das zeigt sich auch daran, dass wir wiederum beste Bewertungen durch die Ratingagenturen haben,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Spitzenratings durch Standard & Poor's und durch Moody's. Experten, die nicht aus Bayern kommen, würdigen unsere wirtschaftliche Kraft, die exzellente Haushaltsführung und vor allem, dass wir ohne neue Schulden auskommen und überhaupt eine geringe Verschuldung, eine geringe Zinslast haben.

Daran haben viele mitgewirkt, aber an vorderster Stelle natürlich die Regierungsfractionen aus CSU und FREIEN WÄHLERN. Ich darf an der Stelle erst einmal allen Mitgliedern der Regierungsfractionen Danke sagen, die im Haushaltsausschuss tätig sind, an erster Stelle natürlich meinem Stellvertreter Bernhard Pohl. Lieber Bernhard, vielen Dank für die hervorragende Zusammenarbeit, die immer konstruktive Art und Weise, wie wir den Haushalt beraten. Aber ich danke auch allen im Ausschuss. Die Ausschussberatungen sind ja, auch wenn sie manchmal kontrovers und intensiv sind, doch immer auch konstruktiv. Dafür allen ein Dankeschön!

Ein Blick in die Statistik, liebe Kolleginnen und Kollegen: 42 Stunden Beratungszeit, knapp 800 Änderungsanträge. Die Zahl der Anträge ist vergleichbar mit der in den Vorjahren. Aber die Beratungszeit hat sich noch mal um zwei Stunden erhöht.

Allen Mitgliedern der Staatsregierung ein Dankeschön, die bei den Beratungen anwesend waren, dem Amtschef, den Abteilungs- und Referatsleitern. Stellvertretend darf ich Herrn Kazmaier nennen, der als Abteilungsleiter Haushalt im zuständigen Ministerium für Finanzen und für Heimat natürlich unser intensivster Ansprechpartner ist. Ich danke auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros: der Büroleiterin Frau Wichteremann-Robl, dem stellvertretenden Büroleiter Herrn Hechenblaikner, Frau Bergbauer-Schlenzger und Herrn Treitner.

Ich danke den Mitarbeitern der Fraktionen – stellvertretend Frau Fürst für unsere Fraktion –, die wie alle eine exzellente Arbeit leisten und damit die Sitzungen hervorragend vorbereiten.

Des Weiteren danke ich natürlich dem Stenografischen Dienst und den Offizianten.

Am wichtigsten ist mir der Dank an die bayerischen Steuerzahler, denn sie sind es, die uns diese Mittel zur Verfügung stellen. Fleißige Arbeitnehmer, innovative Unternehmer, bodenständige Landwirte sind der Kraftquell unseres Haushalts. Wir sind allen dankbar, die jeden Tag fleißig arbeiten und dafür sorgen, dass wir die Mittel haben, die wir sinnvoll für Bayern und für die Zukunft einsetzen, und mit denen wir einen kraftvollen Haushalt gestalten können.

Sie alle wissen, dass der finanzielle Rahmen schwierig war. Das wird sogar von der Opposition betont. Des Weiteren wissen wir alle, wie die Wirtschafts- und Finanzlage ist, und obwohl Bayern auch in schwierigen Zeiten ein fester Anker ist, können wir uns von dieser Entwicklung nicht ausnehmen.

Natürlich merken wir in Bayern bei bestimmten Dingen die internationalen Probleme, die vorhanden sind. Deutschland verliert zum Beispiel kontinuierlich bei der

Wettbewerbsfähigkeit. 2014, also vor gut zehn Jahren, belegte Deutschland Platz sechs und steht jetzt auf Platz 24. Das wirkt sich finanziell bei den Steuereinnahmen, bei den Erfolgen der Unternehmen aus.

Das Wirtschaftswachstum insgesamt ist gering. Die Prognosen für heuer lagen bei 1 %. Das wäre immerhin ein leichtes Wachstum gewesen. Jetzt hat sich das auf nur noch 0,5 % halbiert. Sie alle wissen, warum. Zuletzt waren es der Krieg im Iran und die Sperrung der Straße von Hormus mit all den Auswirkungen – Inflation, Energiepreissteigerungen etc. –, die das hat.

Auf der Bundesebene wird dem entgegengesteuert. Das Sondervermögen, das in den letzten beiden Tagen oft zitiert wurde, schafft auch für uns in Bayern zusätzliche Möglichkeiten. Wir setzen es genau dort ein, wofür es gedacht ist, nämlich um Investitionen zu verstärken, um die Wirtschaft anzukurbeln, um die Infrastruktur modern zu gestalten und um Probleme zu beheben.

Wir haben damit insgesamt das Richtige getan, und ich möchte an dieser Stelle auch unserem Ministerpräsidenten Markus Söder danke sagen. Er war es, der diese 100 Milliarden Euro für die Länder durchgesetzt hat. Das darf man an dieser Stelle einmal betonen, denn das hätte es ohne Markus Söder nicht gegeben. 15,7 Milliarden Euro von diesen Mitteln fließen nach Bayern. Das ist für uns natürlich eine große Hilfe. Lieber Ministerpräsident, dafür ein großes Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLER)

Aktuell setzen wir 7 Milliarden Euro davon ein. Manche von der Opposition sagen, dass das bei einer Verteilung auf zwölf Jahre mehr als eine Zwölfjahresrate sei. Das ist richtig, denn eigentlich sind es drei Jahresraten. 2025, 2026 und 2027 sind die ersten drei Jahre der Laufzeit. Es ist aber mehr. Das ist richtig.

Es ist aber auch notwendig, dass wir die Mittel jetzt einsetzen, weil das die Wirtschaft braucht und wir jetzt Verbesserungen der Infrastruktur brauchen. Deshalb, lieber Albert Füracker, danke, dass wir diese Mittel konzentriert einsetzen und 5 Milliarden Euro davon konzentriert den Kommunen zur Verfügung stellen. Da ist jetzt sogar das Jammern der Opposition etwas verstummt.

Ich glaube, es hat alle überrascht, dass wir beim kommunalen Finanzausgleich deutlich zugelegt haben

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

und dann auch noch das Sondervermögen so stark auf die Kommunen konzentriert haben. Eine Dichte von 5 Milliarden Euro haben wahrscheinlich die meisten nicht erwartet.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das war aber richtig. Die Kommunen sind ein zentraler Teil des Erfolgs des Freistaats Bayern, und dort müssen wir helfen. Das ist dringend notwendig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD):  
Das war die Rüge der FREIEN WÄHLER!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein fester Anker in unsicheren Zeiten; ich habe das zu Beginn schon gesagt. Umso wichtiger ist es, dass wir darauf hinweisen, warum das so ist. Die Regierungskoalition und die CSU haben immer auf solide Finanzen geachtet. Eine jahrzehntelange, umsichtige Haushaltspolitik ist das Markenzeichen der CSU. Deshalb legen wir so großen Wert darauf, dass wir

auch in dieser schwierigen Zeit den Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie fragen: Warum macht Bayern denn keine Schulden, Berlin macht sie doch auch für das Sondervermögen. Dazu kann ich sagen: Ja, wir waren dafür. Das war – zugegeben – eine schwierige Entscheidung. Die FREIEN WÄHLER haben auch mitgezogen, aber dafür etwas länger gebraucht.

Es ist aber keine solide Politik, wenn man sagt: Wenn die in Berlin Schulden machen, was uns zugutekommt, dann machen wir in Bayern auch noch welche, weil es dann noch besser wird. Das ist der falsche Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir nutzen die Spielräume, aber wir überziehen nicht. Sie alle wissen um die hohe Belastung durch den Länderfinanzausgleich, und es wurde schon mehrfach erwähnt: 11,7 Milliarden Euro von rund 20 Milliarden Euro. Da kam immer wieder dieser Erbschaftssteuerfall zur Sprache, der einen hohen Betrag – den genauen Betrag wissen wir nicht – in die Staatskasse gespült hat.

Wenn man sieht, wie viel davon in den Länderfinanzausgleich abfließt, dann stellt man sich schon die Frage: Wenn wir in Bayern fleißig sind, wenn wir mehr erwirtschaften, wenn wir das Geld richtig und damit in die Zukunft investieren, damit wir auch künftig stark sind, ist es dann richtig, dass wir ständig mehr in den Länderfinanzausgleich einbezahlen, während sich andere Bundesländer nicht genügend anstrengen, um aus dieser Situation herauszukommen, in der sie sich seit Jahrzehnten befinden?

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Daran muss sich etwas ändern, denn das ist Geld, das wir gerne in Bayern einsetzen würden, aber das uns fehlt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir noch zu ein paar Punkten, wo wir das Sondervermögen sinnvoll einsetzen. Ich habe die 5 Milliarden Euro für die Kommunen bereits genannt; investive Mittel für die Kommunen.

Wir setzen aber auch 2 Milliarden Euro auf staatlicher Seite ein. Beispiele dafür sind das Drohnenkompetenz- und -abwehrzentrum der Polizei, die Privatschulförderung bzw. die privaten Schulen für Menschen mit Behinderungen und der Breitbandausbau, der auch wieder den Kommunen zugutekommt. Ein weiteres Beispiel ist das Sonderprogramm für den kommunalen Wohnungsbau mit 1 Milliarde Euro.

Ich glaube, das alles sind Dinge, bei denen das Geld bestens angelegt ist. Genau so ist es beim Hochwasserschutz – 195 Millionen Euro –, beim Staatsstraßenbau – 100 Millionen Euro –, bei den Großgeräten der Uniklinika und beim staatlichen Hochbau, vor allem im Wissenschaftsbereich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen ein starkes Zeichen für Stabilität und für Sicherheit. Außerdem bewahren wir eine niedrige Zinsquote. Das ist mir deshalb wichtig, weil eine niedrige Zinsquote auch in Zukunft eine hohe Fähigkeit zu investieren bedeutet. 0,9 % des Staatshaushalts sind Zinszahlungen. Im Bund sind es 7,9 %.

Rechnen wir jetzt einmal aus, wie viel das beim Bund in einem normalen Jahr ohne Sondervermögen ausmacht. Ich glaube, der Bundeshaushalt machte zuletzt etwa 450 Milliarden Euro aus. Davon 7,9 % sind zwischen 30 und 40 Milliarden Euro. Der Bund gibt also die Hälfte des bayerischen Staatshaushalts nur für Zinsen aus.

Diese Entwicklung dürfen wir nicht nehmen. Darum ist es uns so wichtig, die Zinsquote niedrig zu halten. Jeder Euro, der in die Zinsen fließt, fehlt uns bei Investitionen in die Zukunft.

Ziehen wir noch einen Vergleich mit einem starken Nachbarland, das auch viel in den Länderfinanzausgleich einbezahlt. In Baden-Württemberg ist die Pro-Kopf-Verschuldung doppelt so hoch wie in Bayern. Demgegenüber ist in NRW, einem Land, das früher einmal ein starker Zahler war, aber nun schon lange ein Empfängerland ist, die Pro-Kopf-Verschuldung viermal so hoch.

Das zeigt also auch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir müssen solide weiterarbeiten. Das Verpulvern von Geld, mehr Stellen, mehr Ausgaben für alles, was schön und gut ist – und ich bezweifle nicht, dass es viele gute und schöne Dinge sind, für die Sie Anträge gestellt haben –, müssen wir uns halt auch leisten können.

Wir haben auch im eigenen Bereich gespart, und das ist ein schwieriges Kapitel. Der Kollege Grob hat es vorher schon ausgeführt. Bei den Beamten die Erhöhung des Tarifs um sechs Monate zu verschieben, ist nichts, was wir gerne tun. Nein, das tun wir nicht gerne. Wir schätzen unsere Beamtinnen und Beamten, und wir wissen, was sie für uns leisten.

Bei diesem hohen Personalkostenanteil von knapp 40 % im Staatshaushalt führt aber kein Weg daran vorbei, dass wir im Hinblick auf solide Finanzen auch in diesem Bereich maßvoll vorgehen, indem wir die Erhöhung um sechs Monate verschieben. Sie kommt dann ja, und ich möchte betonen, dass wir dadurch die Wertschätzung nicht geringhalten, denn eine gute Beamtenschaft ist für uns wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Beamtenschaft – ich war selbst einmal Beamter –, es sei einmal ganz klar gesagt: Bayern und die CSU stehen zum Beamtentum, zum Berufsbeamtentum. Da können Sie sicher sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind auch so ehrlich, und sagen: Natürlich müssen wir manchmal auch dort, wenn es nicht anders geht, in kleinen Teilen Einsparungen vornehmen. Aber im Wesentlichen können Sie bei uns sicher sein, dass die Dinge, die vor allem von der linken Seite kommen, bei uns nicht greifen werden; denn wir haben zum Berufsbeamtentum ein wirklich enges Verhältnis und wissen, dass es der Stabilitätsfaktor hier in Bayern ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist auch eine nicht unwesentliche Entnahme aus der Rücklage vorgesehen: insgesamt 2,6 Milliarden Euro im Jahr 2026 und 2,3 Milliarden Euro im Jahr 2027. Deshalb ist auch wichtig, beim Vollzug sorgfältig zu sein, weshalb es die Haushaltssperren im Bereich der freiwilligen Leistungen und die globalen Minderausgaben gibt. Damit wird gesteuert und garantiert, dass wir nach Abschluss dieses Doppelhaushalts wieder Mittel zur Verfügung haben, die wir in die Rücklage geben können; denn die Zeiten werden nicht einfacher, und wir brauchen auch für die nächsten Haushalte eine Rücklage.

Lieber Albert Füracker, lieber Martin Schöffel und liebe Damen und Herren des Finanzministeriums, deshalb möchte ich für diesen konsequenten Vollzug danken,

der uns immer wieder die Rücklage füllt. Ich bin mir sicher: Wenn es andere gemacht hätten, wäre die Rücklage schon lange weg. Deshalb danke ich für diese Stabilität, die sich auch in der Rücklage abbildet.

Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN

Insgesamt stellen wir in den nächsten beiden Jahren 168,5 Milliarden Euro für die Zukunft Bayerns bereit. Ein großer Teil davon, rund ein Drittel, fließt in Bildung und Forschung. Der kommunale Finanzausgleich wurde bereits genannt: Wenn man das Geld zusammenzählt, das an die Kommunen geht, ergibt sich ebenfalls eine Quote von fast einem Drittel, hohe Schlüsselzuweisungen. Die Krankenhausinvestitionen mit 100 Millionen Euro wurden erhöht. Damit ergibt sich eine Rekordinvestitionsquote von über 17 %. Wir investieren viel in die innere Sicherheit und in unsere Polizei. In Bayern herrscht die niedrigste Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote. Das ist ein Markenzeichen Bayerns und der CSU. Im Innenressort haben wir viele Mittel verankert, und gleichzeitig verzeichnen wir sinkende Kosten bei der Unterbringung von Asylbewerbern. Auch das ist ein Erfolg der CSU mit Alexander Dobrindt in Berlin. Das sei an dieser Stelle einmal erwähnt. Ich danke auch unseren Kolleginnen und Kollegen in Europa und ausdrücklich Manfred Weber dafür, dass die europäische Asylpolitik nun das tut, was notwendig ist, nämlich, die Zuwanderung massiv zu begrenzen. Das ist für uns alle der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie nun bitten, diesem Haushalt, diesem zukunftsweisenden Weg zuzustimmen, auch unter Einschluss der vielen Fraktionsinitiativen, durch die so viele sinnvolle Dinge finanziert werden. Die Fraktionsinitiativen werden immer gerne kritisiert. Ich will das nicht näher ausführen, andere haben dazu bereits Stellung bezogen. Aber seien Sie versichert: Das Geld ist an jeder Stelle sinnvoll eingesetzt. Deshalb werden wir auch in Zukunft einen sinnvollen Einsatz der Mittel für die Zukunft Bayerns, einen soliden Haushalt als einen starken Anker in unsicheren Zeiten gewährleisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Andreas Jurca für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Andreas Jurca (AfD):** Wertes Herr Vizepräsident, wertetes Präsidium, wertetes Kollegen! Wir haben in den vergangenen zwei Tagen hier im Plenum sehr oft gehört, warum dieser Haushalt angeblich so solide sei. Wir haben oft genug gehört, dass Bayern formal ohne neue Schulden auskomme. Wir haben oft genug gehört, welche Rolle dabei Bundesmittel und Sondertöpfe spielen. Das ist gesagt, das ist bekannt und muss ich heute nicht zum zehnten Mal im Detail wiederholen. Viel interessanter ist doch eine andere Frage: Was wollen die anderen Fraktionen eigentlich politisch mit diesem Land machen?

Schauen wir zuerst auf die SPD. Die Linie der SPD ist so schlicht wie gefährlich: Wenn es ein Problem gibt, fordert man neue Schulden. Für 2026 will die SPD eine Nettokreditaufnahme von fast 1,2 Milliarden Euro, für 2027 sogar 1,85 Milliarden Euro. Zusätzlich soll auch noch auf die Schuldentilgung verzichtet werden.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Ja!)

Das ist der rote Weg: mehr Kredit, mehr Belastung für künftige Generationen und mehr Staat auf Pump. Die SPD nennt das Zukunftspolitik. Ich nenne das: heute verteilen und morgen die Kinder bezahlen lassen.

Noch bezeichnender ist aber der Kurs der GRÜNEN: Die GRÜNEN wollen den Menschen in Bayern nicht einfach nur etwas anderes organisieren, sondern ihnen Schritt für Schritt vorschreiben, wie sie zu leben und wie sie sich zu bewegen haben.

(Toni Schubert (GRÜNE): Quatsch!)

Das sieht man besonders deutlich beim Thema Straße und Auto. Für die GRÜNEN ist das Auto schlicht nicht Verkehrsmittel, sondern ein politisches Reizobjekt.

(Toni Schubert (GRÜNE): Nein! – Claudia Köhler (GRÜNE): Es liegt kein Antrag dazu vor! Das ist die falsche Rede! Wir befinden uns in der Haushaltsdebatte!)

Der eigene Wagen, mit dem man zur Arbeit fährt, die Kinder bringt, die Eltern besucht, zum Arzt kommt oder auf dem Land überhaupt erst beweglich ist, ist für Millionen von Menschen normale Freiheit im Alltag. Für die GRÜNEN ist genau diese Freiheit aber verdächtig. Deshalb sparen sie beim Straßenbau. Deshalb streichen sie bei Straßenprojekten.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das ist doch gar nicht wahr! Das war das Landratsamt!)

Deshalb attackieren Sie den Frankenschnellweg und entziehen genau dort Mittel, wo es um funktionierende Verkehrswege für den Individualverkehr geht. Sie wollen den Bürgern das Auto nicht in einem Satz verbieten, aber ihnen das Autofahren immer schwerer machen: weniger Straße, weniger Ausbau und weniger Akzeptanz für das Auto als normales Verkehrsmittel.

(Toni Schubert (GRÜNE): Wir wollen doch nicht weniger Straßen! Was ist das für ein Unsinn! – Gülseren Demirel (GRÜNE): Ja!)

– Ich weiß, das regt Sie jetzt auf, aber das sind nun einmal die Fakten.

(Zuruf der Abgeordneten Toni Schubert und Gülseren Demirel (GRÜNE))

Nicht die innerstädtischen Wähler der GRÜNEN mit der Straßenbahn vor der eigenen Tür trifft das. Es trifft den Handwerker, die Pendlerin, die Familie im ländlichen Raum, die Pflegekraft im Schichtdienst und denjenigen, der nicht in einer Ideologie lebt, sondern in der Wirklichkeit.

Jetzt kommt der eigentliche Punkt: Die GRÜNEN finanzieren ihre Wunschliste nicht etwa durch saubere Prioritätensetzung und ehrliche Schwerpunktsetzung, sondern durch den Griff in die Rücklage. Das sieht man auch an den Anträgen der GRÜNEN zur Finanzverwaltung. Für 2026 soll die Entnahme aus der Rücklage um 325 Millionen Euro steigen, für 2027 sogar um mehr als 700 Millionen Euro. Mit anderen Worten: Die GRÜNEN wollen überall mehr Geld ausgeben. Wenn die Frage gestellt wird, woher das ganze Geld kommen soll, lautet die Antwort: aus der Rücklage. – Das ist keine Nachhaltigkeit, sondern der politische Griff in die eiserne Reserve. Sie halten erst moralische Vorträge, kürzen dann beim Straßenbau und plündern gleichzeitig die Rücklage, um den eigenen Antrag zu finanzieren. Das ist typisch Grün.

Und die Regierungskoalition? – Die CSU spricht immer von Stabilität. Die FREIEN WÄHLER geben sich wie immer als Anwälte des ländlichen Raums. Nur merkt

man davon erstaunlich wenig, wenn es um echte politische Ehrlichkeit geht; denn die Koalition lebt vor allem von einer sorgfältig gepflegten Erzählung: Alles ist solide, wir haben alles im Griff, wir handeln überall verantwortungsvoll. – Aber ein Haushalt wird nicht dadurch überzeugend, dass man ihn dauernd lobt. Ein Haushalt ist dann überzeugend, wenn er sich auf die Kernaufgaben konzentriert, Prioritäten setzt und den Bürgern nicht ständig etwas vormacht.

Die AfD-Fraktion legt einen anderen Maßstab an. Wir reden nicht nur über Solidität, sondern legen einen eigenen Antrag vor. Mit unserem Antrag fordern wir eine zusätzliche Schuldentilgung von 2 Milliarden Euro im Jahr 2026 und von 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2027, um zukünftige Generationen zu entlasten. Wir sagen ausdrücklich dazu, wie das gegenfinanziert werden soll: durch die von uns beantragten Einsparungen über die Einzelpläne hinweg. Das ist der Unterschied. Die SPD will neue Schulden, die GRÜNEN wollen Rücklagen anzapfen und den Bürger vom Auto wegdrängen. Die Regierungskoalition will vor allem, dass der schöne Schein dieses Haushalts erhalten bleibt und scheut echte Ausgabenkritik. Wir sagen: Erst streichen, was nicht notwendig ist, dann Prioritäten setzen und dann ordentlich wirtschaften!

Werter Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren, nach diesen drei Plenartagen bleibt für mich vor allem eine Erkenntnis: Die SPD steht für den schnellen Griff zum Kredit. Die GRÜNEN stehen für Bevormundung in der Mobilität und Finanzierung aus der Rücklage. Die CSU und die FREIEN WÄHLER stehen vor allem für das Bemühen, diesen Haushalt möglichst glänzend zu verpacken.

Wir machen da nicht mit. Wir verteidigen die Freiheit der Bürger, selbst entscheiden zu können, wie sie unterwegs sein wollen. Wir verteidigen einen Haushalt, der nicht von Ideologie, Rücklagen und neuen Schulden lebt, sondern von Vernunft. Wir brauchen keine neuen Schulden, nicht weniger Mobilität, nicht mehr Bevormundung, sondern eine Politik, die dem bayerischen Bürger dient.

Herr Zellmeier, lassen Sie mich am Ende noch einen kleinen Kritikpunkt äußern. Sie hatten die Ratingagenturen erwähnt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Machen Sie es doch einmal konkret! Welche Anträge gab es von Ihnen? Nur Blabla! – Zurufe von der AfD)

– Darf ich noch einmal anfangen? – Sie hatten die Ratingagenturen erwähnt. Es ging darum, dass Bayern international eine sehr hohe Kreditwürdigkeit zugesprochen wird. Das stimmt. Das wurde Bayern auch in der damaligen Finanzkrise attestiert, als es um die ganzen faulen Immobilienfonds ging. Sie müssten sich noch gut daran erinnern können, die jüngere Generation nicht mehr. Was hat es uns eingebracht? – Eine Wirtschaftskrise, die jahrelang anhielt. Verweisen Sie also nicht auf die Ratingagenturen, sondern auf eine solide deutsche Finanzpolitik. Dahin sollten wir auch wieder zurückfinden.

Herr Zellmeier, ich möchte Ihnen aber auch für Ihre souveräne Führung als Vorsitzender in der Haushaltsdebatte danken. Ich möchte auch allen Mitarbeitern und Kollegen im Haushaltsausschuss danken. Es war manchmal zermürend und ermüdend. Wir haben uns auch gestritten. Aber ich möchte allen danken, die mitgearbeitet haben.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wofür stehen Sie? Machen Sie es einmal konkret! Was haben Sie eingebracht? Nur Blabla!)

– Wofür wir stehen? – Wir stehen für den steuerzahlenden Bürger. Wir stehen für den Mann, der jeden Tag aufsteht und sich für seine Familie den Arsch abschuffet, der immer teurere Preise und Spritpreise und immer mehr Abgaben zu zahlen hat.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Für den stehen wir. Wir stehen für den Mann und die Frau, der und die hier alles am Laufen hält. Das tun wir.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) – Unruhe)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Das Wort hat der Redner hier vorne.

**Andreas Jurca (AfD):** So, und jetzt möchte ich noch eine menschliche Anmerkung anbringen. Ich glaube, dass jeder von Ihnen schon einmal krankheitsbedingt ausgefallen ist. Gerade wenn einer wie Andreas Winhart ausfällt, der ein Zug- und Arbeitstier ist, der für die Bürger durch ganz Bayern reist, wenn es sein muss, der sehr viele Reden hält, und ein Hans Müller einspringt, die Rede aber nicht auswendig und flüssig vorträgt, dass der so runtergemacht wird – – Sie können gerne Inhalte kritisieren, aber seien Sie doch auch einmal menschlich. Uns werfen Sie immer fehlende Menschlichkeit vor. Das war Herr Lausch. Das war absolut unehrenhaft. So etwas tut man nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Den Rest macht Hans Müller danach.

(Beifall bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte, Sie haben das Wort.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden in wenigen Minuten einen Premiumhaushalt verabschieden, einen Haushalt, der in Deutschland seinesgleichen sucht, einen Doppelhaushalt ohne Neuverschuldung. Dafür geht mein herzlicher Dank an den Finanzminister Albert Füracker mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, an das bayerische Kabinett – Markus Söder, Hubert Aiwanger, alle Ministerinnen und Minister –, an den Haushaltsausschuss, in allererster Linie an den Vorsitzenden Josef Zellmeier, der wie gewohnt souverän, ruhig, aber auch menschlich anständig – dies zu Ihrer letzten Bemerkung, Herr Kollege Jurca – zu allen Mitgliedern des Ausschusses die Beratungen geleitet hat und Garant dafür ist, dass wir drei Wochen lang konkret, sach- und problembezogen mit unterschiedlichen Akzentuierungen beraten und jetzt diesen Haushalt zustande gebracht haben. Herzlichen Dank Ihnen allen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich darf ein Wort an die Opposition richten. Ich kann verstehen, dass es unbefriedigend ist, wenn die Anträge der Opposition durchweg abgelehnt werden. Das ist im Bund ein wenig anders, aber wir haben hier eine andere Art der Herangehensweise. Wir, die Staatsregierung und die Regierungsfractionen, erarbeiten den Haushaltsentwurf gemeinsam. Dann wird dieser Haushalt mit sehr wenigen Änderungen im Ausschuss beraten und am Ende beschlossen. Aber die Anträge, die Sie stellen, zumindest die Anträge, die gut sind, sind natürlich auch Diskussionsgrundlage für die Zukunft. Jetzt werden Sie fragen, woran sich bemisst, ob ein Antrag gut ist. Natürlich haben wir unterschiedliche Herangehensweisen und Schwerpunkte. Das ist klar. Aber vieles von dem, was kommt, ist die Grundlage für weitere Diskussionen. Daher danke ich auch Ihnen für die vielen Änderungsanträge, die wir in den Wochen beraten durften.

Ein Wort noch, wenn auch in aller Kürze, zum Thema Fraktionsinitiativen. Es handelt sich nicht um eine Fraktionsreserve. Sie haben es immer noch nicht kapiert. Fraktionsinitiativen sind Änderungsanträge der Regierungsfractionen, denen Sie in den allermeisten Fällen zu Recht zustimmen, die sinnvoll und richtig sind, die den Flächenstaat Bayern in der Fläche abbilden und nicht nur sehr einseitig Metropolen bevorzugen, wie das gelegentlich der Fall sein kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben mit diesem Haushalt eine sehr gute Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft des Freistaats gelegt. Unsere Schwerpunkte kennen Sie: Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft. Das ist die Grundlage für unseren Wohlstand, aber auch, Frau Staatsministerin Anna Stolz, die Grundlage dafür, dass wir in Zukunft funktionierende Gesellschaften haben; denn Bildung ist nicht nur die Voraussetzung für die Berufsausbildung, sondern auch die Voraussetzung dafür, dass sich Menschen sozial gut miteinander verhalten und eine stabile Gesellschaft bilden. Das ist beileibe nicht überall so, auch nicht überall in Deutschland. Der Zusammenhalt im Freistaat Bayern ist besser als in vielen Teilen dieser Republik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir müssen aber – hier schaue ich nach Berlin – bei einigen Stellschrauben umdenken. Wir müssen in der Steuer- und Sozialpolitik des Bundes eine Menge reformieren. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Alle sprechen davon, die Menschen müssten mehr arbeiten. Wir haben keine Arbeitspflicht im Grundgesetz, also müssen wir die Anreize dafür schaffen. Anreize schaffen wir nicht durch eine Abschaffung des Ehegattensplittings und damit der Proklamation einer Steuererhöhung. Das ist nämlich nichts anderes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wie wollen Sie denn ein Ehepaar dazu bringen, dass insgesamt mehr gearbeitet wird, wenn Sie den Steuervorteil streichen? Haben die Ehepartner insgesamt ein höheres Einkommen, steigt die Steuerbelastung überproportional noch mehr. Das sind die falschen Signale. Sie sollten im Bereich der Ausgaben genauer hinsehen und müssen im Bereich des Bürgergelds Fehlanreize korrigieren. Ja, ich weiß, damit kannst du keinen Haushalt gewinnen, aber die Frage ist, ob man die Leistungsträger belohnt, indem die Bürgergeldempfänger, also diejenigen, die nicht leisten, sondern empfangen, weniger Geld erhalten, um einen höheren Anreiz zu haben, mehr zu leisten.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das hat doch mit dem bayerischen Haushalt nichts zu tun!)

Des Weiteren müssen Sie auch das Thema Rente in den Griff bekommen. Von den 120 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt ist fast ein Viertel Zuzahlung an die Rentenversicherung. Das geht auf Dauer nicht gut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Claudia Köhler (GRÜNE): Hier geht es um den bayerischen Haushalt!)

– Ja, und der bayerische Haushalt, Frau Kollegin, ist auch maßgeblich davon abhängig, wie viele Gesamtsteuereinnahmen in Deutschland erwirtschaftet werden. Somit geht es auch darum, Leistungsanreize zu setzen.

Letztendlich gilt für den Bund wie für den Freistaat Bayern: Richtige Sozialpolitik ist keine Umverteilungspolitik, also den Leistungsträgern zu nehmen und den Leistungsempfängern zu geben. Sozialpolitik achtet auf die tatsächlich Bedürftigen.

Hier, kann ich Ihnen sagen, waren in der Tat einige gute Anregungen dabei, die wir auch in den Blick nehmen werden. Ich nenne den kleinen, aber wichtigen Bereich des Gehörlosengeldes, das nicht nur im Koalitionsvertrag steht, sondern das wir in dieser Legislaturperiode auch noch umsetzen werden, als Beispiel für Sozialpolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern sind ein wesentlicher Gesichtspunkt und Kernpunkt der Politik der FREIEN WÄHLER. Damit sind wir in den Landtag gekommen. Wir haben diesen auch mit den anderen Fraktionen in der Bayerischen Verfassung verankert. Gleichwertige Lebensverhältnisse zu haben, bedeutet auch Stärkung der Kommunen. Ich durfte gemeinsam mit Herrn Kollegen Zellmeier der Verhandlungskommission angehören. Wir haben den kommunalen Finanzausgleich im November verhandelt. Die Kommunen waren dankbar dafür, was wir hier gegeben haben. Das ist kein Almosen, wie in den drei Tagen hier einmal gesagt wurde. Nein, das ist eine gelebte Partnerschaft, weil wir die Steuereinnahmen zum Teil treuhänderisch für die Kommunen erhalten. Wir haben die Kommunen erneut entlastet. Beispielsweise haben wir zwei Drittel der Erhöhung des Bedarfs der Bezirke von insgesamt 720 Millionen Euro abgedeckt.

Jetzt kommt aber leider die negative Botschaft. Kurz nachdem wir das getan haben, haben die Bezirke schon wieder SOS gefunkt. Woran liegt das? – Es liegt insbesondere an einem Bundesteilhabegesetz, das weit überzieht und vieles verspricht, was wir als Staat so nicht halten können. Eine Evaluierung dieses Bundesteilhabegesetzes war vereinbart. Wir warten immer noch darauf. Hier müssen wir von den Standards runter. Das Gleiche gilt auch für die Jugendhilfe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Das mag nicht jedem gefallen, das ist schon klar. Aber, Frau Kollegin Köhler, das Geld, das Sie verteilen wollen, muss irgendwann auch jemand einnehmen. Wenn ich nur höre, die Menschen haben zu viel Geld und zu viel Vermögen, wir können die Erbschaftsteuer erhöhen, wir können den Spitzensteuersatz erhöhen usw. usf.,

(Claudia Köhler (GRÜNE): Hier geht es um den bayerischen Haushalt!)

sage ich Ihnen: Gute Politik macht Politik für alle, für die Bedürftigen, für die mittleren Einkommen, aber auch für die Leistungsträger;

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

denn ein Leistungsträger muss sein Geld nicht in Deutschland erwirtschaften.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Ein Unternehmer muss seinen Standort nicht in Bayern oder in Deutschland haben. Es gibt auch das Ausland. Ehrlicherweise muss ich sagen: Ich halte nichts davon, wenn irgendjemand mit Arbeitsplätzen erpresst. Aber wenn man natürlich die Schraube immer weiter anzieht, ist das zwangsläufig die Konsequenz. Heutzutage wird auch nicht mehr gedroht, heutzutage wird einfach verlagert. Jeden Monat verlieren wir Arbeitsplätze durch eine fehlgeleitete Politik der Ampel, die endlich jetzt auch im Bund korrigiert werden muss.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Lächerlich! Kommt auch etwas zum Thema heute? Der bayerische Staatshaushalt ist das Thema!)

Zum Thema Kommunen: Wir haben in den Kommunen die Aufgabenträger, die das umsetzen, was wir hier im Parlament beschließen und die Ministerien umsetzen. Das muss vor Ort bei der Bevölkerung ankommen. Deswegen danke ich allen Kommunalpolitikern, aber auch allen, die vor Ort ehrenamtlich Verantwortung tragen. Sie halten die Gesellschaft zusammen.

Deswegen haben wir hier im Freistaat auch ein besonderes Augenmerk nicht nur auf die Kommunalfinanzen, sondern auch auf die Unterstützung des Ehrenamts gelegt. Das läuft in Bayern vorbildlich, und zwar im Sport, in der Kultur, aber auch im Zusammenleben, in der Integration von Neubürgern. Damit meine ich nicht nur diejenigen, die aus dem Ausland kommen. Neubürger ist auch einer, der seinen Wohnort wechselt und Fuß fassen will und muss. Da ist Bayern vorbildlich, dank der Politik der Staatsregierung und der die Staatsregierung tragenden Regierungsfractionen.

Wir haben erneut einen hervorragenden Haushalt in schwierigen Zeiten vorgelegt. Aber ich sage auch, weil immer gesagt wird: Die schwierigen Zeiten, die schwierigen Zeiten! – Ja, wir haben besonders schwierige Zeiten durch verbrecherische Angriffskriege wie von Russland gegen die Ukraine, durch Kräfte, die die Existenz Israels infrage stellen und vieles mehr. Trotzdem prophezeie ich, dass es in der Zukunft weitere, andere Herausforderungen geben wird. Deswegen können wir nicht darauf hoffen, dass die Situation irgendwann besser wird.

Ich schließe mit den Worten des Kollegen Frühbeißer in der vorherigen Beratung. Er sagte, wir müssen die Zukunft in den Blick nehmen und den künftigen Generationen eine gute Grundlage hinterlassen. Das tun wir. Herzlichen Dank! Dieser Haushalt verdient uneingeschränkte Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Entschuldigung, Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Volkmar Halbleib vor.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Lieber Kollege Bernhard Pohl, zum Schluss haben Sie dann doch noch einmal versucht, etwas zum bayerischen Staatshaushalt zu sagen. Sehr erfreulich. Es war knapp.

Ich wollte Sie zu zwei Punkten befragen. Habe ich das wirklich richtig verstanden, dass Sie gesagt haben, es gibt die unteren und die mittleren und dann kommen die höheren Einkommen, und das sind die Leistungsträger? – Mein Verständnis von Bevölkerung ist, dass die unteren und mittleren Einkommen auch absolute Leistungsträger in ihrem Bereich sein können, Pflegekräfte, der normale Polizeibeamte, der nicht im höheren Dienst ist. Das ist eine völlig schiefe Formulierung. Denken Sie bitte bei künftigen Reden darüber einmal nach. Das war völlig daneben. Erster Punkt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Punkt. Ich verstehe ja, dass die FREIEN WÄHLER einen Phantomschmerz haben, was die Dinge in Berlin anbetrifft, weil sie nicht in den Bundestag gekommen und nicht dabei sind; das ist klar.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das kann der SPD auch noch passieren!)

Dem Teilhabegesetz haben die Länder übrigens zugestimmt. Die Aufgaben werden immer nur vom Bund auf Länder übertragen, mit Zustimmung im Bundesrat. Die Länder verteilen sie dann weiter.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, die Redezeit ist eine Minute.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Ich hätte ganz gern einmal von Ihnen einen ganz konkreten Vorschlag zum Teilhabegesetz, den Sie in den Bayerischen Landtag hier einbringen, anstatt zu schwadronieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Tim Pargent (GRÜNE): Richtig!)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, die Redezeit ist um!

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Fangen wir mit dem zweiten Punkt an. Es gibt eine Revisionsklausel. Das wissen Sie ganz genau. Bis jetzt ist dieses Gesetz nicht evaluiert worden. Ich habe nicht gesagt, dass das Gesetz grundlegend falsch ist. Aber die Standards müssen gesenkt werden. Es ist schon ein Problem – jetzt nehme ich ein Beispiel aus der Jugendhilfe, nicht Bundesteilhabegesetz –, wenn es Jugendliche gibt, die die Kommune pro Mann 600.000 bis 800.000 Euro kosten. Das möchte ich einmal hier sagen.

Das Zweite: Das haben Sie bewusst oder unbewusst tatsächlich falsch verstanden. Ich habe gesagt, wir müssen Politik machen für die unteren und die mittleren Einkommen, aber auch für die Gutverdiener,

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben "Leistungsträger" gesagt!)

weil die Gutverdiener diejenigen sind, die die meisten Steuereinnahmen generieren. Damit ist keine Qualifizierung zwischen einem guten und einem schlechten Steuerzahler gemeint, sondern damit bringe ich zum Ausdruck, –

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, auch Sie haben eine Minute gehabt, die jetzt vorbei ist.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** – dass Sie nicht ein Reichen-Bashing auf Kosten des Staatshaushalts betreiben dürfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Köhler für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Claudia Köhler (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Finanzminister hat heute früh gesagt, Haushaltsdebatte ist immer das Gleiche. – Das sollte es aber nicht sein; denn zum einen werden auch in Bayern die Probleme immer drängender – öffentlicher Nahverkehr, Tanken, Heizen, Sanierungsstau bei der Infrastruktur, Herausforderungen bei der Bildung, die Lage unserer Kommunen –, zum anderen bieten die Steuereinnahmen und der Anteil des Sondervermögens vom Bund durchaus Handlungsoptionen für eine tragfähige Zukunftspolitik. Aber das findet sich in diesem Haushaltsentwurf nicht, und das bräuchte es so dringend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Haushaltsvolumen steigt von über 79 Milliarden Euro plus die knapp 5 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen des Bundes. Das haben wir jetzt schon ein paarmal gehört. Wir haben auch ein paarmal gehört: viel zu schuldenfrei. Aber zur Wahrheit gehört: Ohne die Kreditaufnahme des Bundes könnten Sie hier nichts Ausgeglichenes vorlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Falsch!)

Insgesamt geht es um sehr viel Geld. Aber es wird damit leider viel zu wenig auf den Weg gebracht. Große neue Projekte, neue Vorhaben lassen sich im Haushaltsentwurf nicht finden. Sie wären aber wichtig; denn mit diesem Haushalt und der Nutzung des Anteils am Sondervermögen wird die Zusätzlichkeit des Sondervermögens umgangen.

Sie erinnern sich: Die Idee dieses Sondervermögens, das die Union eigentlich bis zwölf Stunden nach der Bundestagswahl gar nicht wollte, war, in die Infrastruktur in Deutschland zu investieren, um sie wieder fit zu machen. Zusätzliche Investitionen in Infrastruktur, in Klimaschutz, in Verteidigung waren der eigentliche Grund für das Sondervermögen. Aber was ist in diesem Haushalt aus der Idee geworden?

Die Liste der Investitionen lässt durchaus Zweifel aufkommen. Da stehen längst beschlossene Projekte, wie die TU in Nürnberg. Sie hatten doch nicht ernsthaft vor, das zu stoppen, wenn es keine Bundesmittel gegeben hätte? – Bei der Wasserwirtschaft werden die Bundesmittel zu 95 % zweckgebunden für den Hochwasserschutz ausgegeben. Das ist noch nicht schlimm. Aber dafür werden die Mittel, die eh schon mickrig waren, für die Wasserrahmenrichtlinie, für ökologische Maßnahmen herausgestrichen.